

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 40692, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 204.

Montag, den 2. September 1907.

14. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Nationalismus

und Sozialdemokratie.

Wie sie immer und immer wieder versichern, daß es nichts war mit dem Stuttgarter Kongreß! Die ganze bürgerliche Presse ist sich völlig einig darüber, und das ist ja die Hauptsache. Die „Nationalzeitung“ überschreibt ihren dem Kongreß gewidmeten Leitartikel: „Der Tod der roten Internationale“, die Berliner Montagspresse treibt's so ähnlich, und eifrig versichern sich die Herrschaften, daß der internationale Sozialismus tot, mausetot sei.

An sich hat diese feierliche Todeserklärung eine so heitere Seite, daß man nur fröhlich aufschauen kann. Wenn die Herrschaften glauben, die Sonne höre deshalb auf zu scheinen, weil sie dekretieren, es gebe keine, so hat man für diese kindliche Narrheit nur ein Achselzucken. Diese Narrheit hat aber einen guten Grund und sie ist im Grunde nur ein Symptom für die beklemmende Angst und die graue Sorge, die ihnen über das Herz kriecht. Sie sehen ihre eigenen Totengräber bei der Arbeit, sie sehen, wie sie sich organisieren, über die Länder, über die Kontinente hinaus sich die Bruderhand reichen und rüstig und unbeirrt dem Endziel näher streben. Was Wunder, daß da der Kapitalismus sich sagt: Das ist ja unmöglich! Diese machtvolle Organisation kann keine internationale Verschwörung sein, um mich aus der Welt zu schaffen! Die Leute, die in Stuttgart so fleißig die Spaten rühren, sie können unmöglich meine Totengräber sein! Soweit ist's mit mir noch nicht! Und wie der sterbende Faust sich am Geklirr der Spaten ergötzt, mit denen die Lemuren schon sein Grab graben, während er in seiner Blindheit glaubt, sie graben ihm neue Dämme, um neues Blahsel für seinen rastlosen Tätigkeitsdrang zu erobern, so glaubt auch der verblödete sterbende Kapitalismus, ihm droht noch keine Gefahr, er sei noch gut bei Kräften und man rede nur vom Graben, doch nicht vom Grab.

Willibald Alexis sagt einmal in seinen Romanen, es gebe keine größere Seligkeit, als sich eine Lüge aufzumalen und ihr zu dienen. Man wird zugeben, daß die bürgerliche Presse augenblicklich dieser „größten Seligkeit“ in einem unerlaubt hohen Maße frönt. Um aus dem Meer des Wahns, in das sie sich verfenkt hat, nicht herausgerüttelt zu werden, hat sie sorgfältig aus den Kongreßberichten alle jene Stimmen ausgemerzt, die etwa imstande wären, sie selber und ihre Leser in das wirkliche Leben zurückzurufen. In der dicksten Lüge, die sich die bürgerliche Presse ausgemalt hat, und der sie nun mit vollster Seligkeit dient, gehört das Märchen von der Antinationalität der Sozialdemokratie.

Es ist gepredigt worden vom Anfang bis zum Niedergang und hat jetzt die Gewalt eines katholischen Dogmas erhalten. Im allgemeinen hat die Parteipresse mit gutem Geschmack es abgelehnt, über diesen Punkt überhaupt ein Wort zu verlieren, aber auf dem Internationalen Kongreß, wo die nationalen Gegensätze leichter zu Bewußtsein kommen, sind von Vertretern aller Nationen Worte gefallen, die der bürgerlichen Presse ein Licht darüber aufstecken könnten, wie es in dieser Hinsicht mit der Sozialdemokratie steht. In seiner Empfehlung der Resolution Baillant über den Militarismus führt der Franzose Saurès in einer Abwehr gegen Herde aus:

„Herde will das Vaterland zerstören. Wir wollen das Vaterland zum Nutzen der Proletarier sozialisieren durch Überführung der Produktionsmittel in das Eigentum aller. Denn die Nation ist das Schachhaus des menschlichen Hirns und Fortschritts, und es stünde dem Proletariat schlecht an, diese kostbaren Gefäße menschlicher Kultur zu zertrümmern.“

Kurz vorher hatte der Deutsche Bebel ausgeführt: „Das Kulturleben kann sich ja doch nur auf Grundlage der Muttersprache und auf dem Boden der Nationen entwickeln. Herdes Gedanke, daß es gleich sei für das Proletariat, ob Frankreich zu Deutschland oder Deutschland zu Frankreich gehört, ist absurd.“

Bei Besprechung des Themas Ein- und Auswanderung äußerte der Österreicher Ellenbogen:

„Die Arbeiter wie die einzelnen Nationen sollen die internationale Solidarität nicht etwa dahin auffassen, daß sie sich einem harmlosen Internationalismus hingeben, daß sie etwa ihre Nationalität zu verleugnen hätten. Im Gegenteil, die Arbeiter aller Nationen haben die Pflicht und das Recht, an den Kulturschätzen ihrer eigenen Nationen mit Liebe und Begeisterung zu hängen, sie werden ihre Eigenart um so mehr bewahren, als sie wissen, daß die Nation gerade durch Bewahrung ihrer Eigenart der Kultur der Gesamtheit am meisten nützt. Sie haben deshalb so viel Achtung vor der Eigenart anderer Nationen, daß sie es als ein Verbrechen ansehen würden, diese etwa von

einem Aufsteigen zu einer höheren Kultur abhalten zu wollen.“

In seinem Schlußwort zum Thema Militarismus führte der Belgier Vandervelde aus:

„Die Internationale der Arbeiter ist nicht eine gestaltlose Masse ohne Gliederung und Gruppierung, sondern eine freie Vereinigung, ein Bund nicht nur von selbständigen Staaten, sondern auch von Nationen, denen die Internationale ihre Selbständigkeit wiedergegeben hat wie den Polen. Wir haben die vollste Berechtigung nationaler Gliederung anerkannt, rückhaltlos und ehrlicher als das je eine bürgerliche Partei konnte.“

Man sollte meinen, rückhaltlos und deutlicher kann die Stellung der internationalen Sozialdemokratie zum nationalen Problem nicht ausgedrückt werden. Das Ideal des Sozialismus besteht keineswegs in einem unterschiedslosen Völkerbrei, sondern in einem Bunde von freien und gleichen Nationalitäten. Der bürgerlichen Presse freilich sind diese Anschauungen höchst unangenehm und in ihrer Verlegenheit unterschlägt sie entweder diese Äußerungen oder sie erklärt sie noch bequemer für Heuchelei. Im allgemeinen trifft auch auf diesem Gebiete zu, was für die meisten anderen gilt, daß nämlich alle die Sünden, die der Kapitalismus dem Sozialismus vorwirft, vom Kapitalismus selber begangen und vom Sozialismus bekämpft werden. So auf dem Gebiete der Zerstörung der Familie, die bekanntlich die kapitalistischen Zeilenreißer dem Sozialismus in die Schuhe schieben, während sie der Kapitalismus selber vollzieht, und ebenso auf dem Gebiete des Nationalismus. Den „Völkerbrei“, den herbeiführen zu wollen dem Sozialismus als Hauptverbrechen angerechnet wird, produziert der Kapitalismus in klassischer Form in Amerika. Der angelsächsische Grundzug des Amerikanertums wird bald genug einen starken südeuropäischen Einschlag bekommen, wenn die ungeheuren Masseneinwanderungen aus dem Süden und dem Osten Europas anhalten, die der Kapitalismus seit zirka 10 Jahren in die Welt gesetzt hat. Die Voraussetzung jedes Nationalkulturbewußtseins, die Teilnahme der großen Masse der Volksgenossen an den Kulturschätzen der eigenen Nation wird durch niemand systematischer hintertrieben, als durch den Kapitalismus. Für ihn bedeutet die Masse der Nation nur das Objekt der Ausbeutung. Je abgeschlossenere diese ist, je mehr sie besungen ist in nationalen Vorurteilen, desto schwerer wird sie sich mit den Nationen der anderen Länder verständigen können über die Besserung ihrer Lebensbedingungen, je kulturloser sie ist, desto geringere Löhne wird sie verlangen. So gehen die Tendenzen des Kapitalismus deutlich darauf hinaus, die Nationen gerade in dem zu brechen, was ihre Stärke und ihre Kraft ist, und worin sie auch für die absehbare Zukunft der Menschheit unentbehrlich sind. Hier erweist sich der internationale Sozialismus als die einzig nationale Partei, während unsere patentierten Patrioten von heute die wahren Hochverräter an der Nation sind.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Drängen von unten.

In manchen Kreisen freisinniger Wähler zeigt sich eine erfreuliche Entschiedenheit in der Stellung zur Wahlrechtsfrage, wie wir sie — offen gestanden — kaum zu finden gehofft haben. Bei der zaghaften Flaumacherei in den „angesehensten“ freisinnigen Pressorganen ist das um so erfreulicher, weil dadurch die mannhaften Personen an leitender Stelle erhebliche Rückenstärkung erfahren werden, was sehr nottut, wenn nicht die klapperbeinigen „Ritter vom Hemmschuh“ die Oberhand gewinnen sollen. Es wäre deshalb zu wünschen, daß noch weitere freisinnige Organisationen dem Beispiel des Liberalen Wahlvereins für den Wahlkreis Duisburg-Ruhrort-Mülheim-Oberhausen folgten, der am 26. August einstimmig folgende Resolution annahm:

„Der Liberale Wahlverein für den Wahlkreis Duisburg-Ruhrort-Mülheim-Oberhausen spricht dem Reichstagsabgeordneten D. F. Naumann zu seinem mutigen und kraftvollen Eintreten für eine baldige Beseitigung des herrschenden preußischen Klassenwahlrechts und die Einführung des gleichen, geheimen, allgemeinen und direkten Wahlrechts in Preußen seine freudige Zustimmung aus und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die zündenden Worte Naumanns bei allen Liberalen in Preußen begeisterten Widerhall finden werden. Er bedauert, daß jetzt noch selbst in entschieden liberalen Kreisen Stimmen der Zaghaftigkeit und des Widerspruchs laut werden, die nur die Stärke und Stohkraft der von Naumann eingeleiteten liberalen und demokratischen Wahlbewegung mindern und ihren Erfolg in Frage stellen können. Der Liberale Wahlverein hält mit Naumann das rückhaltlose Eintreten für die

von allen wahrhaft liberalen Parteien anzustrebende Reform für eine Lebensfrage des entscheidenden Liberalismus und wird nach Kräften für den Naumannschen Reformplan wirken.“

Wenn eine solche Stellungnahme zur Wahlrechtsfrage bei der überwiegenden Mehrheit des liberalen Bürgertums zu erwarten wäre und zwar nicht nur in Worten, sondern auch in Taten, dann ließe sich sehr wohl eine gemeinsame Aktion der Sozialdemokratie mit dem Freisinn für die Wahlreform denken. Bisher sind aber leider diese Stimmen aus dem liberalen Volke nur sehr vereinzelt ertönt und in der öffentlichen Diskussion übermogen die Stimmen, die einer schwächlichen Kompromißpolitik im Rahmen des Blocks das Wort reden. Besonders sind es ja auch einige freisinnige Parlamentarier, bei denen die zweifelhafte Eigenschaft des Freisinns als „Mehrheitspartei“ im Block eine Art politischen Größenwahns erzeugt hat, der sie davor bangen läßt, wieder in die „Bedeutungslosigkeit“ einer Minoritätspartei zurückgestürzt zu werden, und die deshalb die Erhaltung des Blocks für das Dringendste halten und ihr selbst ihre prinzipiellen Forderungen zu opfern bereit sind.

Vorgeschützt wird ja, daß das Reichstagswahlrecht für Preußen doch nicht zu erreichen sei. Einmal zugegeben, daß wohl im ersten Anlauf es nicht erungen werden wird, so ist es gleichwohl verkehrt, die Forderung deshalb ernsthaft gar nicht erst zu stellen. Gerade diejenigen, die mit der Notwendigkeit eines Kompromisses rechnen, weil sie die Widerstände hoch einschätzen, dürfen nicht von vornherein ihre grundsätzliche Forderung preisgeben, weil beim Kompromiß ihnen sowieso allerlei abgehandelt werden wird. Wenn die „Ritter vom Hemmschuh“ schon im Beginn des Wahlrechtskampfes so viele Flöcke zurückstecken, so geschieht das auch viel weniger wegen der tatsächlichen Aussichtslosigkeit der prinzipiellen Forderung, als weil ihnen diese selbst nicht behagt, weil sie sie ernsthaft gar nicht wollen aus der Befürchtung heraus, daß die Arbeiterklasse und damit die Sozialdemokratie davon zu viel profitieren werde.

Die Richterliche „Erziehungsmethode“ zeigt sich jetzt in ihren Wirkungen. Sie hat den freisinnigen Wählern seit Jahren die Sozialdemokratie als den leidhaftigen Gottscheibeis geschildert und die freisinnigen Heerführer immer weiter mit der Front gegen links gedrängt. Wenn sich jetzt im freisinnigen „Volk“ ein Stimmungsumschlag zeigt, wenn man sich dort ernsthaft auf die liberalen Prinzipien besinnt und die Konsequenzen daraus zieht, so ist das mit Freuden zu begrüßen. Der Druck von unten wird aber noch sehr viel stärker werden müssen, wenn er bewirken soll, daß die zaghaften und widerstrebenden „Führer“ zu energischem Auftreten veranlaßt werden sollen.

Want Rähne, Rähne, Rähne!

Die „Tägliche Rundschau“ meldet: Wie festzustehen scheint, wird sich der Reichstag schon in seiner nächsten Tagung mit einer Änderung des Flottenbauplanes der Regierung zu beschäftigen haben. Nachdem vor kurzem der Zentrumsabgeordnete Spahn die Bereitwilligkeit des Zentrums ausgesprochen hat, für eine Herabsetzung der Altersgrenze der Linienschiffe einzutreten, ist die Frage der Stellung der bürgerlichen Parteien zu etwaigen Plänen erörtert worden. Wie wir erfahren, ist die Flottenfrage Gegenstand der Erörterung bereits in der national-liberalen Fraktion gewesen, und zwar hat der Abg. Bassermann im Anschluß an die Kölner Tagung des Deutschen Flottenvereins und an die dort gehaltene Rede des Abg. Stresemann in der national-liberalen Fraktion die Frage aufgeworfen, wie sie sich zu diesem in der Resolution des Flottenvereins geforderten Ausbau zu stellen gedenke. Die Fraktion hat einstimmig die Stellungnahme des Deutschen Flottenvereins zu der ihrigen gemacht.

Es besteht gegenwärtig eine geradezu an Pervertität grenzende Sucht, dem Volke neue Lasten aufzuerlegen. Alles Erfolge der siegenden nationalen Phrasen!

Die Blockbrüderschaft.

Die „Düpreußische Zeitung“ wendet sich gegen das Drängen der Freisinnigen nach Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen und erklärt es für ein gefährliches Spiel, das der unentwegte Liberalismus da mit seinem Wahlreformrummel treibe. An der Starrköpfigkeit und dem Größenwahn des freisinnigen Doktrinarismus drohe der Block zu scheitern. Das würde der Freisinn selbst am meisten zu beklagen haben, da er dann in seine frühere Ohnmacht lang- und kluglos zurückstürze. Weiter schreibt das Blatt:

„Der Unmut in konservativen Kreisen über das höchst illogische und anmaßende Verhalten der Blockbrüder“ wird immer stärker. Presse und Führer haben bisher alles getan, um einen Auseinanderfall des

Wer nun etwa meinte, die reichsländische Regierung würde diesem Rechtsbruch ein Mantelchen umhängen, etwa durch gekünstelte Interpretationen des Gesetzes oder ein ähnliches Mittel, der wurde dieser Tage eines besseren belehrt. Die Antwort der Regierung an das Mezer Konfessorium liegt nämlich jetzt vor. Es heißt darin wörtlich: „Eine Änderung der durch die gesetzlichen Bestimmungen gebotenen Auffassung ist keineswegs eingetreten. Die Prozedur ist vielmehr nur ausnahmsweise gebildet worden, weil es sich um eine außerordentliche Feierlichkeit handelte und die Prozedur als ein Bestandteil des Eucharistischen Kongresses zu betrachten war.“ Damit ist unzweifelhaft ein bewußter Rechtsbruch zugegeben. Entgegen einem ausdrücklichen gesetzlichen Verbot hat die Regierung die Prozedur „ausnahmsweise gebildet“.

Die Sozialdemokratie ist für absolutes Recht auf die Straße, gleichgültig, ob eine religiöse Prozession oder ein Umzug der Kriegervereine oder eine friedliche Demonstration der Arbeiterschaft in Betracht kommt. Die Sozialdemokratie wendet sich aber entschieden gegen Ausnahmen in der Behandlung der Staatsbürger und diese ausnahmsweise Aufhebung eines Gesetzes bedeutet einen Rechtsbruch. Hat man eine Prozession einmal gestattet, ohne daß der Staat dadurch zugrunde gegangen ist, so räume man mit diesem Gesetz endgültig auf und gebe dem ganzen Volke das Recht auf die Straße!

Rußland.

Die Cholera. In der Stadt Samara sind vom 12. bis 25. August 10 Personen an der Cholera erkrankt, 2 sind gestorben. Im ganzen sind hier seit Anfang der Epidemie 202 Cholerafälle beobachtet worden, von denen 92 einen tödlichen Ausgang hatten. Außerdem sind im selben Gouvernement im Dorfe Melekeß 6 Fälle, darunter 2 mit tödlichem Ausgang, und in der Stadt Simbink 3 Fälle von Cholera festgestellt worden. Im Gouvernement Kasan sind vom 7. bis 20. August 4 Erkrankungsfälle an Cholera beobachtet worden, in Baku vom 11. bis 24. August 2 Cholerafälle mit tödlichem Ausgang. In der Stadt Astrachan haben sich vom 12. bis 25. August 65 Choleraerkrankungen ereignet, darunter 29 mit tödlichem Ausgang. Im ganzen wurden seit Beginn der Epidemie 354 Cholerafälle festgestellt, darunter 123 mit tödlichem Ausgang. — Diese Zahlen sind von der kaiserlichen Kommission zur Verhütung der Cholera bekanntgegeben worden. Die Regierung der „Feld- und Kriegserichter“ scheint gegen den neuen inneren Feind ganz machtlos zu sein. Man sollte doch wenigstens glauben, daß die Administrativorgane bei dem drohenden Anzug der furchtbaren Krankheit für die strenge Beobachtung der hygienischen Vorschriften auf den öffentlichen Straßen und privaten Höfen Sorge tragen würden. Tatsächlich aber herrscht, wie die Zeitungen aus allen Teilen Rußlands berichten, auf diesem Gebiete ein vollkommener Mangel an jeglicher Vorkehrung.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 2. September.

Aktion, Gewerkschaftskassierer! Der Kassierer des Gewerkschaftskartells und des Arbeiterssekretariats wird am Montag, Dienstag und Mittwoch nächster Woche abends von 8 Uhr an zur Entgegennahme der Beiträge im Vereinshaus anwesend sein.

Einem schönen Verlauf nahm die am Sonnabendabend vom Sozialdemokratischen Verein im „Vereinshaus“ arrangierte Laffallefeier. Um 8 Uhr wurde das Fest durch Ergriffen zu gehöriger Musikvortritte des Fachvereins der Zivilbeamten eröffnet. Sodann folgte ein Vortrag der Arbeiterzangevereine Lübeck, der lebhaften Beifall fand. Die Gedächtnisrede hielt Genosse Dr. Schlömer, der unter stürmischem Beifall ein treffendes Lebensbild Lassalles gab und zum Schluss aufforderte, das Andenken Lassalles durch rege Arbeit auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiet zu ehren. Nimmere mehr wechselten Aufführungen des Arbeiterabfahrers mit Musik- und Gesangsvorträgen, sowie Darstellungen des Arbeiterturnvereins ab. Am lehrreichsten beteiligten sich auch weibliche Mitglieder des Vereins. Sämtliche Darstellungen fanden den ungeteilten Beifall der äußerst zahlreich erschienenen Genossinnen und Genossen. Mit dem Sozialistenmarsch, in den die Anwesenden begeistert einstimmen, fand die imposante Feier ihr Ende. Hoffentlich beherzigen die Genossen die Ausführungen des Referenten und widmen sich den Befreiungskämpfen des Proletariats mit noch größerer Begeisterung als bisher. Wir wollen die Worte beherzigen, die da lauten:

Nicht zählen wir den Feind,
Nicht die Gefahren all!
Der Bahn, der Kühnen folgen wir,
Die uns geführt Lassall!

Wie unsere Gegner „belehrt“ werden, dafür bietet der Vortrag des Parteisekretärs Kuhn über „Klassenkämpfe der Arbeiter in Theorie und Praxis“, der in einer Versammlung des Wahlvereins der Liberalen gehalten wurde, mehrere drastische Beispiele. Nach dem uns vorliegenden Bericht hat Kuhn, nachdem er den Beweis dafür abgelegt hatte, daß er in der Geschichte der wirtschaftlichen Kämpfe sehr mangelhaft bewandert ist, behauptet, daß man zunächst seitens der freien Gewerkschaften Streiks provoziert habe, um den Arbeitern zu zeigen, wie schön es sei, im Verbands eine Rückenstärkung zu haben, und auf diese Art Mitglieder zu fangen. Für diese aus den Fingern gesogene Behauptung kann Herr Kuhn zwar keinen tatsächlichen Nachweis führen; aber was tut das, die Liberalen verlangen einen solchen ja auch gar nicht. Wer wirklich das gewerkschaftliche Leben und die Ursachen von wirtschaftlichen Kämpfen kennt, der weiß, daß alle Streiks geführt werden im Interesse der Arbeiterschaft, die bemüht ist, ihre Lage zu verbessern. Wer das Gegenteil behauptet, spricht die Unwahrheit. Kuhn erzählte dann weiter seinen leichtgläubigen Hörern, daß gerade die Führer der Gewerkschaften die Arbeiter erst verleiten, möglichst hohe Forderungen zu stellen, um hernach diese Forderungen, wenn die Sache schief geht, am ersten wieder fallen zu lassen. Die Führer sind es, welche die Arbeiter in den Streik heizen, um die Streikenden hernach im Dreck sitzen zu lassen. Diesen haarsträubenden Unsinn, der noch widerlicher wird durch die Absicht, den Gegner zu verleumden, nahmen die Liberalen natürlich mit dem größten Wohlgefallen auf! Einen weiteren Teil des „Referats“ bildete die Verlesung von längst widerlegten Terrorismlügen. Bei den „Liberalen“ ziehen dieselben anscheinend immer noch Kuhn konnte es sich auch nicht versagen, die Verlesung

anzuschwindeln mit der Behauptung, daß beispielsweise der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes ein Gehalt von 6000 Mark beziehe und deshalb nichts darnach frage, wenn durch einen Streik viele Menschen in Not geraten. Wir wollen diesen, von niedriger Gesinnung zeugenden Anwurf nur tiefer hängen; er ist bezeichnend für die Kampfweise der „Liberalen“. Nicht durch Streiks an sich geraten jemals Arbeiter in Not, sondern höchstens durch den Arbeiterverrat von Streikbrechern; wo solche zu finden sind, wird Kuhn als Hirsch-Dunkerianer wohl wissen. Genosse Schlichte muß es dem Sekretär der „Liberalen“ überhaupt wohl ganz besonders angetan haben, denn der letztere sagte noch, ihm persönlich sei durch einen Gewährsmann mitgeteilt worden, daß Schlichte bei Blohm u. Bock, wo die Hirsche Forderungen gestellt hätten, ausgeführt habe, die Forderungen der Gewerkschaftler seien viel zu hoch, die frei organisierten Metallarbeiter forderten nur halb soviel. Uns ist darüber nichts bekannt. Wenn es wahr sein sollte, so hat Genosse Schlichte zweifellos der Taktik, die Erkennung für die Hirsche propagiert, nämlich erst möglichst einen Streik zu veranlassen, um dann die Stellen der Streikenden durch Hirsche besetzen zu lassen, ein Schnippen geschlagen. Als Kuhn schließlich die hundertmal widerlegte Lüge aufstufte, daß die Sozialdemokratie noch nie Erfolge und positiven Nutzen für die Arbeiter aufzuweisen hätte, protestierte ein zufällig anwesender Genosse, dem der „Vortrag“ allmählich zum Hals herausging. Im Laufe der Debatte trat der Genosse den verschiedenen Behauptungen Kuhns entgegen. Wir haben in Vorstehendem nur zeigen wollen, wie sich die Liberalen über die Klassenkämpfe der Arbeiter von ihrem Sekretär belächeln lassen. Schade, daß Kuhn seine Beweisführung nicht auch einmal vor Leuten austrakt, die etwas mehr von der Arbeiterbewegung wissen, wie er und seine Brotgeber.

Die diesjährigen Neuwahlen zur Bürgerchaft. Im November d. J. werden gewählt: a. in der Stadt und Vorstädten durch Abteilung I (Bürger, welche in den letzten drei Steuerjahren durchschnittlich mindestens 2100 Mark versteuert haben) im 1. Wahlbezirk (Jakobi-Quartier und St. Gertrud) 7 und 1 Ersatzwahl, 8 Vertreter, im 2. Wahlbezirk (Marien-Magdalenen-Quartier und St. Lorenz Nord) 8 Vertreter, im 3. Wahlbezirk (Marien-Quartier und St. Lorenz Süd) 8 Vertreter, im 4. Wahlbezirk (Johann-Quartier und St. Jürgen) 7 Vertreter; durch Abteilung II. (Alle übrigen wahlberechtigten städtischen Bürger) im 1.—4. Wahlbezirk 4 Vertreter; b. in Travemünde und den Landbezirken durch Abteilung III. (Bürger, welche 3 Hektar Land besitzen oder in den letzten drei Jahren mindestens 2100 Mk. versteuert haben) im 6. bis 10. Wahlbezirk (alle Landbezirke) 5 Vertreter; durch Abteilung IV. im 9. und 10. Wahlbezirk: „Mühlentorlandbezirk“ umfassend die Gemeinden Strecknitz, Wulfsdorf, Borrade, Blantensee, Beidendorf, Grummsee, Cronsförde, Niederbüßau, Oberbüßau, Geinitz, Moisling, Niendorf, Recke, Moorgarten und „Rigerauer Landbezirk“ umfassend die Gemeinden Dickseldorf, Eierstraße, Hollenbeck, Behlendorf, Absfelde, Giesensdorf, Harnsdorf, Nüsse, Rigerau, Poggensee, Groß-Schreitaten, Klein-Schreitaten und Tramm 1 Vertreter, zusammen 41 Vertreter. Darnach haben die wenig zahlreichen Bürger mit einem Einkommen von mehr als 2100 Mk. 36 und die große Masse ganze fünf Vertreter zu wählen. Die Festlegung des Wahlrechts entspricht dem „Gerechtigkeits“ Sinn der meisten erstklassigen Bürgerchaftsmitglieder. Und trotzdem gibt es noch Arbeiter, die noch nicht erkennen, was sie vom Bürgertum zu erwarten haben.

Ein teures Vergnügen scheint es für manchen Bourgeois zu sein, Mitglied des Zentralwahlkomitees des Vaterländischen Vereins zu werden. Im hiesigen Annonzenblatt erzählt Tobias Stillvergüht, der sich seinerzeit als Plagiator des „Hann. Cour.“ einen wohlklingenden Namen in der bürgerlichen Welt errungen hat, daß ein Mitglied des Zentralwahlkomitees die Wahl zu diesem Ehrenposten bereits 600 Mk. gekostet habe. Danach kann man für Geld und gute Worte in Lübeck zu allerlei sog. Ehrenposten gelangen. Wenn nun schon der Posten eines Zentralwahlkomiteemitgliedes 600 Mk. und mehr kostet, wäre es ganz interessant, zu erfahren, wie hoch sich wohl der Preis eines erstklassigen Bürgerchaftsmandates stellt. Vielleicht erfährt man das demnächst durch Tobias, dem Stillvergühten. Bezeichnend für die bürgerliche „Moral“ ist der obige Vorfall zweifellos. Ganz ausgeschlossen erscheint es uns nämlich, daß der betreffende Mann seine sechshundert Mark ausgegeben hätte, wenn er nicht mügte, daß sie für ihn zinstragend angelegt seien.

Zum Ausklang ist es heute morgen bei einem Teile der hiesigen Böttcher gekommen. Da die Arbeitgeber infolge des Einflusses des Arbeitgeberverbandes die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden nicht bewilligen wollten, so legten die Böttchergesellen, welche bei Frick u. Co., J. G. F. Lüders, Kufelfabrik, und Lohmann, Fischkonservenfabrik, beschäftigt waren, die Arbeit nieder. Daß die Forderungen der Streikenden nicht ungerechtfertigt sind, ergibt sich schon allein aus der Tatsache, daß eine ganze Anzahl Arbeitgeber dieselben bewilligt hat. Zugug von Böttchern nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Handelsregister. Am 31. August 1907 ist eingetragen 1. bei der Firma Chr. Olmann in Lübeck: Die Prokura des H. J. Dürkop ist erloschen; 2. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Kabattsystem Hansa, Waack u. Vogelhaupt, Hamburg, Zweigniederlassung Lübeck: Die Zweigniederlassung in Lübeck besteht nicht mehr.

Der medlenburgerische Parteitag findet, wie nimmere feststeht, bestimmt am Sonntag, den 20., und Montag, den 21. Oktober, in Lübeck statt.

pl. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Hamburg, der sich einem Beamten gegenüber falscher Personallisten bediente und sich einer Übertretung der Fahrradordnung zu Schulden kommen ließ.

pl. Diebstahl und Unzucht. Eine seit längerer Zeit hier ohne feste Wohnung sich aufhaltende Witwe wurde wegen Diebstahl bzw. gewerbmäßiger Unzucht festgenommen.

pl. Diebstahl eines Hausierers. Ein mehrfach vorbestrafter Postkartenhändler von hier geriet in Haft, weil er in einem Hause der Bahnhofsstraße, woselbst er seine Postkarten anbot, ein Paar Stiefel sich rechtswidrig angeeignet hatte.

pl. Um die Kautions gebracht. Gegen einen hiesigen Scheerenkleiber und Siebmacher wurde Anzeige erstattet, weil er die ihm von seinen Voten (Hausierern) übergebene Kautions, die er Geschäftseinlage nennt, für sich in seinem Haushalt verbraucht. Die verbrauchte Summe hat die Höhe von 2000 Mk. überschritten.

pl. Wegelagerer. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Beuthen, der mit noch drei Arbeitern auf der Chauße nach Travemünde, in der Nähe der Herrenbrücke, ein Fuhrwerk anzuhalten versuchten und dem Pferde zwei Stiche mit einem Messer beibrachten.

pl. Stillschleichen. Verhaftet wurde ein Arbeiter aus Bügow wegen Vergehen gegen § 188 des St.-G.-B. und ein Steward wegen Vergehen gegen § 176,3 des St.-G.-B.

pb. Gelegenheitsdiebstahl. Ein hiesiger Händler geriet in Haft, weil er sich in einem hiesigen Eisengeschäft bei Einkäufen mehrere Duzend Uhrketten rechtswidrig angeeignet hatte.

pb. Fahrraddiebstahl. Am Sonnabend, den 30. v. Mts. in der Mittagszeit, wurde ein vor dem Haupteingang des Postgebäudes aufgestelltes Fahrrad gestohlen. Das Rad trägt die Marke Grignier, es hat schwarzes Gestell, die Felgen, etwas nach oben gebogene Lenkstange, Freilauf mit Rücktrittsbremse, Satteltasche mit Patentverschluß. Die polizeiliche Erkennungsnummer des Rades ist 8664.

pb. Reiche Beute. Aus der Bodenkammer eines Hauses der Katharinenstraße wurden am Sonnabend den 30. v. M. gestohlen: 1 Portemonnaie mit 46 Mk., 1 silberne Damen-Kemontoiruhr mit Goldrand, 1 goldene Damenuhrette (feingliedrig), 1 Palmuhrette, 1 silbernes Armband mit Schieber in Gestalt eines Kleeblattes, als Anhänger ein kleines Herz, 1 goldener Ring mit rotem Stein.

Stadthallen-Theater. Aus der Theaterkanzlei schreibt man uns: Dienstag gelangt das spannende Schauspiel „Das Schloss am Meer“ zu einem Einheitspreise von 50 Btg. zum 10ten Male zur Aufführung. Mittwoch hat Frau Messert ihr Benefiz und dafür die lustigste Posse „Robert und Bertram“ oder „Die lustigen Bagabonden“ gewählt. Im 3. Akt wirken einige der Operettenkräfte mit und werden im Gesellschaftsakt verschiedene Einlagen singen.

Wilhelmstheater. Man schreibt uns: Dienstag wird die große Doppel-Vorstellung wiederholt. Die beiden Stücke: „Die Diensthöfen“ und „Der Raub der Sabinerinnen“ bieten in der Zusammenstellung und in der Besetzung der Hauptrollen einen heiteren Abend. Am Mittwoch findet zum Benefiz des Fr. G. Campmann eine Neueinstudierung von Thilo von Trotha's reizenden Lustspiel: „Sofgunst“ statt.

Moisling. Eine ziemlich gut besuchte Volksversammlung fand am Sonnabend abend in Schreibers Kaffeehaus statt. Genosse Löwig, Lübeck sprach über das Thema „Durch Kampf zum Sieg“. Redner schilderte im Lauf seines Referats u. a. kurz das Leben Ferd. Lassalles, der am 31. August 1864 seinen Geist aufhauchte. Zum Schluss erfolgte ein Hinweis auf die bevorstehenden Bürgerchaftswahlen, wobei besonders auf die Tatsache hingewiesen wurde, daß das Bürgertum bereits die vierte Klasse, die diesmal auch in Moisling zu wählen hat, für sich reklamiert. Die Moislinger Genossen werden alles tun, um einen solchen schmählichen Wahlausfall zu verhindern.

Hamburg. Tobias Lag. Um 2 Uhr in der Nacht zum Sonntag fanden Polizeibeamte im Vorgarten des Hauses Oberaltenallee Nr. 71 einen anscheinend leblosen männlichen Körper liegen. Die nähere Untersuchung ergab, daß der Mann einen Stich in den Unterleib erhalten hatte, an dessen Folgen er seinen Geist bereits ausgehaucht hatte. Sofort wurde von der Kriminalpolizei eine lebhaftige Tätigkeit entfaltet. Man stellte fest, daß nach Mitternacht eine Anzahl junger Leute in der Oberaltenallee in Streit geraten war, der schließlich in eine Schlägerei ausartete. Darauf wurde eine ganze Anzahl Verhaftungen vorgenommen, teils auf der Straße, teils in Wirtschaften, teils in den Wohnungen der Betroffenen. Unter ihnen befand sich auch der 15jährige Handlungsgeselle Bob, wohnhaft in der Conventstraße. Durch das Verhör der festgenommenen Personen wurde ermittelt, daß dieser junge Mensch die Tat mit einem Taschenmesser vollführt hatte; er räumte sie auch ein. Der Gestochene, dessen Leichnam ins Hafens Krankenhaus geschafft wurde, ist ein 25jähriger Zimmergeselle.

Altona. Der Provinzial-Parteitag für Schleswig-Holstein und das Fürstentum Lübeck trat hier am gestrigen Sonntag im festlich geschmückten Lokale des Herrn Wulf zusammen. Um 11½ Uhr wurde derselbe eröffnet, nachdem ein Gesangverein die Delegierten begrüßt hatte. Genosse Sievert-Altona hieß die Genossinnen und Genossen im Namen der Altonaer Freunde herzlich willkommen. Zu Vorstehenden wurden Bartels-Altona und Voller-Kiel zu Schriftführern, Fick-Stockelsdorf, Gilden-Ottensen, Michelsen-Hensburg und Thomas-Altona gewählt. Den Bericht der Agitationskommission, der gedruckt vorlag und auf den wir noch zurückkommen werden, erstattete Genosse Bartels. Redner streifte zunächst die letzte Reichstagswahl und erläuterte die von der Agitationskommission anlässlich derselben ergriffenen Maßnahmen. Insbesondere behandelte der Berichterstatter die Stichwahlenparole in den schleswig-holsteinischen Wahlkreisen, in denen unsere Genossen den Ausschlag gaben und verteidigte dieselbe. Einen Antrag, fortan bei Stichwahlen den bürgerlichen Parteien keine Unterstützung zu leisten, hat Redner aus taktischen Gründen abgelehnt. Zur Entwicklung der Organisationen übergehend, wies Redner darauf hin, daß sich die Mitgliederzahl in sämtlichen Kreisen wesentlich gehoben hat; sie ist seitens von 23 039 auf 28 175, das sind 31,53 Proz. der sozialdemokratischen Reichstagswähler. Besonders hob Redner die prächtige Entwicklung der sozialdemokratischen Organisationen im Fürstentum Lübeck hervor. Die Mitgliederzahl betrug 1906 589, 1907 897, das ist eine Steigerung um 52,29 Proz. Sodann begründete Redner einen Antrag der Agitationskommission, die „Rote Landpost“ allmonatlich herauszugeben. 2mal soll das Blatt allgemein, 10mal in beschränktem Umfange verbreitet werden. Im letzterem Falle sollen nur die Besteller die Zeitung per Post zugestellt erhalten. Ferner soll die dänische Agitationschrift „Rode Postbud“ 2mal allgemein und 2mal beschränkt verbreitet werden. Die Presse hat im Berichtsjahre einen erfreulichen Aufschwung genommen. Schließlich gab Redner noch einige praktische Winke zur Agitation unter den Landarbeitern. 2576 Genossinnen sind in der Provinz organisiert; 3248 „Gleichheit“-Leserinnen sind vorhanden. Die Bildungsbefreiungen haben gleichfalls erfreuliche Fortschritte gemacht. Redner schloß seinen Bericht mit der Mahnung, unermüdet weiter zu arbeiten. — Es folgte nimmere die Begründung der zu diesem Punkt gestellten Anträge. Genosse Efftinge-Wandsbek begründete in eingehender Weise den Antrag auf Stimmhaltung bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien. Genosse Frohne bekämpfte in längeren Ausführungen Efftinge. Genosse v. Elm vertrat den Standpunkt, daß es doch endlich an der Zeit sei, unsere Taktik nach dieser Beziehung hin zu ändern. Wenn dem Freisinn einmal unsere Unterstützung entzogen würde, dann könne das nur erzieherisch auf den Freisinn wirken. Es sei aber nicht richtig, ein für allemal die Hände zu binden. Genosse Weinheber-Hamburg ersuchte aus taktischen Erwägungen um Ablehnung des Antrages, desgleichen Genosse Müller-Hamburg. Nachdem noch verschiedene Redner für und wider gesprochen hatten, erfolgte Annahme eines Beschlusses. Das Schlusswort hielt Genosse Bartels. Beschlössen wurde die monatliche Herausgabe der „Rote Landpost“. Der Antrag bez. der Stichwahlhilfe wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Antrag auf spätere Herausgabe einer dänischen Wochenzeitung wurde angenommen. — Den Bericht der Mandatsprüfungskommission erstattete Genosse Scheel-Segeberg. Anwesend sind 79 Delegierte, darunter 4 Vertreter aus dem Fürstentum Lübeck und 1 Ver-

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Essen 1907.

Über das Partei-Archiv

ft von der neuen Verwaltung zuletzt für das Etatsjahr 1904/05 ein Bericht an den Jenaer Parteitag gegeben worden; Protokoll des Jenaer Parteitages, S. 54/55. Seitdem ist das Archiv weiter vervollständigt worden und in seinen Räumen ist seit ihrer Einrichtung auch die „Partei-Korrespondenz“ untergebracht. Die Benutzung des Partei-Archivs ist in Rücksicht auf die vorgeschriebenen Grenzen seines fachwissenschaftlichen Gebietes nicht mit ähnlichen Instituten zu vergleichen. Immerhin ist das Partei-Archiv in den beiden letzten Jahren jährlich von durchschnittlich 144 Personen mit 258 Besuchen zum Arbeiten benutzt worden; ausgeliehen wurden jährlich durchschnittlich 234 Bände, über die in den Archivräumen selbst benutzten Bücher wird eine Statistik nicht geführt; sie würde die Zahl der ausgeliehenen Bände um ein mehrfaches übersteigen. Die Archivleitung ist auch weiter zahlreich brieflich mit literarischen Quellennachweisen und Materialzusammenstellungen behilflich gewesen. Wesentliche und bekannte historische Werke sind in den letzten Jahren unter Zuhilfenahme des Partei-Archivs geschaffen worden, nicht nur von parteigenössischen, sondern auch von bürgerlichen Schriftstellern und Gelehrten.

Bei dieser Gelegenheit soll auch immer wieder an die aktive Unterstützung des Archivs durch die Partei- und Gewerkschaftsvereine und deren Institutionen und Organisationen gemahnt werden. Noch immer erfolgt die Übersendung neuer Verlagswerke der Partei und der Gewerkschaften vielfach erst nach wiederholten Reklamationen der Archivverwaltung, und viele, nur für interne Kreise bestimmte Publikationen werden oft nur durch einen Zufall erworben, obwohl gerade auch diese letzten in den dauernden Bestand des Archivs gehören. Von älteren, in Frage kommenden Zeitungen sind im Partei-Archiv noch immer nicht komplett oder gar nicht vorhanden: „Nordstern“, „Mitteldeutsche Volkszeitung“, „Deutsche Arbeiterzeitung“ (Koburg), und selbst von dem Vorgänger des „Vorwärts“, dem „Berliner Volksblatt“ fehlen vom Jahrgang 1888 die drei ersten, von 1889 die zwei ersten Quartale und 1890 fehlt ganz. Wir bitten erneut alle Genossen, diese Lücken ausfüllen zu helfen. Alle Anfragen und Sendungen sind an den Leiter des Partei-Archivs, Genossen Max Grünwald, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, zu richten.

Buchhandlung Vorwärts.

Die Buchhandlung Vorwärts mußte im Vorjahre über einen, um 26 500 Mk. verminderten Umsatz gegen das Geschäftsjahr 1904/05 berichten. Im jetzigen Berichtsjahr: Juli 1906 bis Juni 1907, betrug der Warenumsatz 521 538,67 Mk., also wieder gegen das Vorjahr mehr 81 369,88 Mk. Trotz dieses erhöhten Umsatzes konnten der Parteikasse aus den Überschüssen der Buchhandlung nur 50 000 Mk. überwiesen werden, also gegenüber dem Vorjahre abermals 10 000 Mk. weniger.

Selbstverständlich sind die Geschäftsergebnisse der Parteibuchhandlung in der mehr oder minder günstigen geschäftlichen Konjunktur abhängig. Vergleicht man aber die entsprechenden Zahlen seit dem Bestehen der Buchhandlung, so ergibt sich ein erfreulicher, allerdings zuweilen unterbrochener Aufschwung.

Jm Geschäftsjahr	Betrag der Umsatz	Wurden der Parteikasse überwiesen
1890/91	66 013,58 Mk.	—
1891/92	120 175,07	—
1892/93	144 069,96	—
1893/94	136 369,02	6 000,—
1894/95	143 444,61	14 000,—
1895/96	133 450,52	20 000,—
1896/97	136 256,62	10 000,—
1897/98	186 726,25	—
1898/99	176 017,74	40 000,—
1899/1900	183 367,60	14 000,—
1900/01	201 290,63	20 000,—
1901/02	193 754,59	15 000,—

Jm Geschäftsjahr	Betrag der Umsatz	Wurden der Parteikasse überwiesen
1902/03	247 401,14 Mk.	22 000,—
1903/04	316 968,09	35 000,—
1904/05	466 835,34	95 000,—
1905/06	440 168,84	60 000,—
1906/07	521 538,67	50 000,—

Diese Zahlen geben zugleich ein Zeugnis vom Wachstum und der Entwicklung unserer Partei.

Wie wir bereits hervorgehoben haben, konnten in diesem Jahre nur 50 000 Mark an die Parteikasse abgeführt werden.

Dieser Summe muß allerdings der in der ersten Hälfte dieses Jahres der „Kommunalen Praxis“ gewährte Zuschuß von 5708,15 Mk. zugerechnet werden, so daß der Gesamtüberschuß die Summe von 55 708,15 Mark betragen würde.

Dieser Überschuß würde wieder in demselben Verhältnis zum Umsatz stehen wie in den früheren Jahren, wenn die beiden außerordentlich guten Geschäftsjahre 1905/07 außer Betracht bleiben.

Über die Erscheinungen des Verlags ist zu berichten: Die in zwangloser Reihenfolge erscheinende Sammlung: „Sozialdemokratische Agitationsbibliothek“, herausgegeben, um den Parteigenossen besonders drastische Zeitbilder aus dem Klassenstaat vor Augen zu führen und sie gesammelt der Agitation dienstbar zu machen, sind im vorliegenden Jahre um zwei neue Ausgaben vermehrt worden. Heft VI: „Der Sozialistischer Bülow im Deutschen Reichstag“, enthält die Reden unserer Genossen Bebel, Singer und David, sowie des Zentrumsabgeordneten Gröber und die Erwiderungen des Reichstanzlers gelegentlich der ersten Etatsdebatte des neugewählten Reichstags. Von diesem Heft wurden 25 000 Exemplare gedruckt. Das 7. Heft: „Eine Abrechnung mit dem Reichslügenverband“, von dem ebenfalls 25 000 Exemplare gedruckt wurden, bringt die Debatten gelegentlich der von unserer Fraktion eingebrachten Interpellation über die Machinationen des Reichslügenverbandes während des Wahlkampfes.

Aus diesen Heften wurden die wichtigen Anlagereden der Genossen Bebel, David und Fischer besonders herausgegeben und erstellten eine Gesamtauflage von 245 000 Exemplaren. Zweck dieser Ausgaben war, die Antwort, die wir der Regierung auf ihre und ihrer politischen Hünern unwahre Behauptungen und Verdächtigungen im Wahlkampf und auf die unerhörte Wahlmach im Reichstage gegeben hatten, auch in jene Kreise zu tragen, denen durch eine partielle, verstümmelte und verlogene Parlamentsberichterstattung die Orientierung über die wirklichen Vorgänge im Reichstage erschwert wird.

Von älteren früher erschienenen Heften der Agitationsbibliothek sind neu aufgelegt worden: „Der Klassenkampf im Ruhrgebiet“ (1000 Exemplare) und „Der Zukunftsstaat der Junker“ (4000 Exemplare).

Zur Unterstützung der Agitation während des Wahlkampfes sind neu erschienen: „Womit man vor Sozialdemokraten graulich macht“, eine kurze Abhandlung über die landläufigsten Verdrehungen und Schauermärchen über die Sozialdemokratie (75 000); „Ziele und Wege“, eine Erläuterung der sozialdemokratischen Gegenwartsforderungen (85 000); ferner erschien im Auftrage des Parteivorstandes: „Das Reichstags-Handbuch für sozialdemokratische Wähler anläßlich der Reichstagsauflösung 1906“ (6000 Exemplare). Während des Wahlkampfes erschien in unserem Verlage: „Rotdeutschlands Aufstieg“, Wahlkampflieder von G. M. Scävola; nach den Wahlen eine statistische Bearbeitung der Wahlergebnisse aus der Feder der Genossen Paul Virch und Bruno Borchardt unter dem Titel: „Die Sozialdemokratie und die Wahlen zum Deutschen Reichstage“ (4000).

An sonstigen Schriften erschienen neu im Berichtsjahre: Erdmann, „Der Schwindel der kirchlichen Arbeiterpolitik“ (10 000); Bernstein, „Die neuen Reichsteuern“ (15 000). Zur Propagierung der Idee der Jugendorganisationen erschienen zwei Broschüren: „Frank, Die jugendlichen Arbeiter und ihre Organisationen“ (5000) und Peters, „Der Weg zum Licht“ (6000). Nach den Verhandlungen des Reichs-

tages über das vom Bundesrat vorgelegte Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine (Gewerkschaften), veröffentlichten wir die Materialien und die Verhandlungen des Reichstages unter dem Titel: „Das neue Knebelgesetz gegen die Gewerkschaften“ (7000). Als Fortsetzung der Bernsteinischen Vortragsreihe über die verschiedenen Formen des Wirtschaftslebens erschien neu: „Die Grundbedingungen des Wirtschaftslebens“ (6000); ferner von der Genossin Lily Braun: „Die Mutterschaftsversicherung“ (5000).

Von der älteren Literatur wurden Neuauflagen hergestellt: „Grundsätze und Forderungen“ von Kautsky und Schönant, in neubearbeiteter Auflage (100 000); „Das kommunistische Manifest“ (22 000); W. Bracke, „Nieder mit den Sozialdemokraten“ (10 000); „Ein katholischer Pfarrer als Sozialdemokrat“ (35 000); Stern, „Der Zukunftsstaat“ (10 000); Göhre, „Schule, Kirche und Arbeiter“ (31 000); Bebel, „Christentum und Sozialismus“ (25 000); „Das verbotene Blatt“ (50 000); „An den Einzelnen, auf den es nicht ankommt“ (90 000); „Mutter, was läufst der Gendarm so?“ (10 000); „Winte für die Reichstagswahlen“ (78 000); Stampfer, „Religion ist Privatsache“ (2000); Bebel, „Sozialdemokratie und Zentrum“ (5000); Bebel, „Sozialdemokratie und Antisemitismus“ (6000); Kautsky, „Sozialdemokratie und katholische Kirche“ (3000); „Gegen Volksverdummung, Volksknebelung und Volksausbeutung“ (4000); Liebknecht, „Wissen ist Macht, Macht ist Wissen“ (2000); „Die Lebensmittel, Ölle und die indirekten Steuern“ (3000); Lily Braun, „Die Frauen und die Politik“ (1500). Von Diehgens philosophischen Schriften: „Die Religion der Sozialdemokratie“ (6000); „Die Zukunft der Sozialdemokratie“ (6000); „Sozialdemokratische Philosophie“ (4000). Lassalle, „Über Verfassungsmesen“ (4000); „Arbeiter-Programm“ (4000); Marx, „Lohnarbeit und Kapital“ (6000); Kautsky, „Soziale Revolution, I und II“ (4000); Greulich, „Materialistische Geschichtsauffassung“ (5000); Kampffmeyer, „Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturgeschichte“ (5000); Borchardt, „Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügelerziehung?“ (3000); von dem beliebten kleinen Braunschen „Zeitungsfremdwörterbuch“ haben wir eine neubearbeitete und erweiterte Auflage herausgegeben (10 000). Kofinsky „Was haben die Armen dem Christentum zu verdanken?“ (2000). Die seitens des Reichslügenverbandes wieder hervorgeholten Lügenmärchen des Korbmachers Fischer veranlaßten eine Neuauflage von: „Der Korbmacher Fischer im Lichte der Wahrheit“ (70 000).

Die Maizeitung erzielte in diesem Jahre eine Auflage von 420 000 Exemplaren.

Das Protokoll des Parteitages in Mannheim erzielte eine Auflage von 55 000 Exemplaren, der Arbeiternotizkalender eine solche von 43 000, und der für den Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter von uns hergestellte Kalender eine Auflage von 10 000.

Von den billigen kleinen Gesetzbüchern wurden neu aufgelegt: „Führer durch das Gewerbeunfallversicherungs-gesetz“ (5000); „Führer durch das Vereins- und Versammlungsrecht“ (5000). Neu erschienen sind: „Führer durch das Militär-pensions-gesetz“ (3000); „Führer durch das Gewerbegerichts- und Kaufmannsgerichtsgesetz“ (5000).

Die „Arbeiter-Gesundheitsbibliothek“ wurde um drei neue Abhandlungen vermehrt: „Frauenleiden und deren Verhütung“ (50 000); „Von medizinischen Aberglauben“ (6000); „Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters“ (10 000). Von bereits früher erschienenen Heften wurden neu aufgelegt: „Die erste Hilfe bei Unglücksfällen“ (5000); „Das erste Lebensjahr“ (5000); „Zur Gesundheitspflege des Nervensystems“ (5000); „Alkoholfrage und

Der Übel größtes ist die Schuld!

Roman von Friedrich Thieme.

(34. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Gertruds Verlobungsfest.
Friede auf Erden — der Frieden des still in den Sommer überfließenden Lenzes! Erhaben und gewaltig erhob der Berg sein bewaldetes Haupt, ein Bild unergründlicher Festigkeit und Dauer. Wie ein liebliches Jöyll schmiegte sich die Bergschänke an seinen Busen, von Grün und Blüten umrahmt, vom Glanze der Sonne beleuchtet. Frieden atmete alles, das schmutze weiße Haus, der trauliche Garten, die schattigen Lauben, die große Boliere mit den bunten Särgern des herrlichen Waldes, der Käfig mit den zierlichen Sänghörnchen in der Mitte. Festlicher Schimmer ging strahlend von allen aus, eine Gurrende prangte über der Eingangspforte, schneeige Birken schmückten den Hausflur, festlich gekleidet schritten der Herr des Hauses und die Seinen umher — sollte doch heute das Verlobungsfest der einzigen Tochter des reichen Gastwirts begangen werden, zahlreiche Gäste waren geladen und geschäftige Vorbereitungen wurden in der Küche und in den Zimmern getroffen.

Farnkoff wollte es so. Er wollte sich nicht wie ein Dieb verloben, wie er sagte. Die Feier müsse so sein, daß Gertrud den ganzen Ernst des Ereignisses erkenne.

Doch eins fehlte dem Ganzen trotz aller Geschäftigkeit: das wichtigste, das schönste, die harmlose Freude, die Würze solcher Tage, und der idyllische Friede lag nur auf dem äußeren der Dinge, während im Inneren des Herzens die Verzweiflung wohnte. Die Mutter, ein fügliches, sanftes Geschöpf, die nie im Hause eine Stimme gehabt, sah traurig und müde aus. Gertrud schlich still weinend umher, Schodler ging umher wie das personifizierte böse Gewissen. Folternde Reue regte sich in seiner Brust, und paarte sich mit einer geheimen, nicht mehr zu bändigenden Angst.

Mörder — Genosse von Mördern! rief es in seiner Seele. Und einem Mörder sollte er seine einzige Tochter opfern!

Farnkoff allein zeigte sich dreist und prahlend wie immer; der Anschlag auf den Spion war zum besten Ende

geführt, die drohende Gefahr glücklich abgeschlagen — was kümmerte ihn der unglückliche Mann, der tot und zerschmettert in der graufigen Schlucht des Postelberges lag? Warum trat er ihnen in den Weg? Ja, sogar strahlend hätte man sein Gesicht nennen können, er freute sich des errungenen Triumphes und schwelgte im voraus im Besitz des schönen Mädchens, zu welchem zwar eine niedrige, aber nichtsdestoweniger ungestüme Leidenschaft ihn hingog.

Die Gäste waren auf abends 8 Uhr geladen — sie begrüßten alle den Vorgang nicht und schüttelten die Köpfe über den Schwiegersohn, den niemand von ihnen hätte haben wollen — aber was kümmerte sie das? Sie hätten ja doch nichts daran zu ändern vermocht, und das Vergnügen der Teilnahme mochten sie sich deshalb nicht entgehen lassen!

Auch im Städtchen herrschte an diesem Tage außergewöhnliche Regsamkeit. Es galt die Wahl eines stellvertretenden Bürgermeisters, und Schodler, der sich schon seit Jahren um dieses Amt bemüht, war der Hauptkandidat, der das Vertrauen und die Achtung aller seiner Mitbürger in hohem Grade genoß und sichere Aussicht hatte, gewählt zu werden.

Der Spätmittag kam heran, langsamer als sonst, wie es schien — und doch für den Gastwirt und sein Kind mehr als zu schnell. Im Garten saßen mehrere Gäste, jetzt traten drei schwarzgekleidete Herren in das Tor und fragten nach Herrn Schodler.

Man rief ihn herbei — er zuckte unwillkürlich zusammen, als man ihm die Ankunft meldete.

„Wer — wer — ist es denn?“ erkundigte er sich hastig.

„Apotheker Merker, Rechtsanwalt Bohm und Kaufmann Großig.“ entgegnete das Mädchen, das ihm die Mitteilung überbrachte.

„Ach so — es ist wegen der Wahl.“ Unruhig eilte er hinaus, die Herren zu begrüßen.

„Es lebe unser neuer Bürgermeisterstellvertreter!“ riefen sie unisono und schwenkten die Hüte bei seinem Anblick.

Schodler, der sonst so bereckte Mann, zwang sich mühsam zu einer feinen Dank ausdrückenden Ansprache. Seit Jahren strebte er nach dem Posten, den man ihm jetzt übertragen

noch vor einem Jahre hätte ihn die Wahl mit freudigem Triumph erfüllt — und nun — die Schuld in seinem Leben hatte jede Fähigkeit, jede Berechtigung der Freude ausgelöscht, er stellte sich nur, als empfinde er Genugtuung und verbarg qualvoll seine Unlust. Denn ihm war nichts weniger als festlich zu Mut. Sobald er sich allein sah, feuerte er und rang die Hände — förmlich als geworden war er in den letzten Wochen, sein vorher so frisches Antlitz hatte sich mit den Falten der Sorge bedeckt, sein Haar begann sich weiß zu färben. Seine sonst so stolze Haltung war gebeugt und gebrochen.

Und doch mußte er jetzt die drei Freunde einladen und bewirten zum Dank für ihr Kommen, er mußte mit ihnen trinken und tun, als freue er sich. Und daselbe mußte er während des Festes am Abend, er mußte lustig scheinen, mußte Reden halten, mußte die Verlobten zusammengeben — O wenn doch dieser Reiz erst vorüber wäre, dachte er nicht einmal, sondern hundertmal.

Nun ging er und trank mit den drei Herren, und trank viel, um seinen Mut zu beleben. Mit jedem Glase ward ihm leichter im Gemüt. Trogalledem atmete er auf, als sie fort waren — er eilte sofort nach seinem Stübchen, um nur noch eine Stunde allein zu sein, bis die unerhörte Qual von neuem begann.

In seinem Gemach fand er Gertrud. Totenbleich stand sie vor seinem Bulte, den Kopf gesenkt, mit auf der Brust gefalteten Händen.

Unwirsch fuhr er sie an.

„Was machst Du hier, Trude? Und noch nicht angezogen, mach Dich zurecht.“

„Vater, ich kann nicht!“ schluchzte sie auf, und preßte ihr Antlitz in die Hände.

„Du kannst nicht? Sag lieber, Du willst nicht,“ rief er rau, und packte sie heftig am Arm, sie schüttelnd und zerrend. „Mädchen, ich sage Dir, mach mich nicht toll!“

Da reichte sie sich jäh empor.

„Vater, Du hast kein Recht, mich zu verkaufen! Ich tue es nicht, ich bin keine Sklavin und lasse mich nicht ver-schachern wie ein Kleid! Farnkoff ist ein Sclender, ich will lieber sterben als ihm gehören!“

Starr blickte er sie an — seine Züge verzerrten sich, eine wilde Wut schien ihn zu erfassen — aber die Bewegung

Arbeiterklasse" (5000); "Geschlechtsverkehr und Geschlechtskrankheiten" (10000). Im ganzen sind in dieser Sammlung bisher 13 Abhandlungen erschienen.

Von den unter dem Gesamttitel: "Sozialdemokratische Gemeindepolitik" ins Leben gerufenen Unternehmen ist im Berichtsjahre ein neues Heft nicht erschienen. Wir empfehlen aber die bisher erschienenen Hefte der Beachtung der Parteigenossen. Es ist die Absicht des Verlags, durch diese Bibliothek das Interesse an den kommunalen Angelegenheiten bei den Parteigenossen zu wecken und zu fördern.

Seitens der Berliner Genossen wurden wir mit der Herausgabe der "Geschichte der Berliner Sozialdemokratie", deren Bearbeitung der Genosse Bernstein übernommen hatte, beauftragt. Der erste Band liegt gebunden vor und erfreut sich der allgemeinen Anerkennung fast der gesamten Parteipresse. Der zweite und dritte Band ist in Vorbereitung und wird der zweite Band zum preussischen Landesparteitag erscheinen. Die illustrative Ausstattung des Wertes wird vom Genossen Eduard Fuchs besorgt. Um jedem die Erwerbung dieses gut ausgestatteten Buches zu ermöglichen, geben wir dasselbe auch in Lieferungen a 30 Pf. heraus.

Aus der Feder des Genossen Eisner erschien um die Jahreswende: "Das Ende des Reichs". Dasselbe behandelt die Einflüsse der großen französischen Revolution auf die politischen und wirtschaftlichen Zustände in Preußen und in Deutschland.

Schließlich sei noch auf die Herausgabe des Gruppenbildes der sozialdemokratischen Reichstags-Fraktion hingewiesen.

Auch die jetzt im 11. Jahrgange erscheinende illustrierte Wochenchrift: "In freien Stunden" erfreut sich nach wie vor der Beliebtheit der Parteigenossen und Genossinnen. Doch soll hier nicht verschwiegen werden, daß eine so gute, nur das Beste bringende Unterhaltungsschrift bei weitem nicht die verdiente Ausbreitung findet. Sollen die "Freien Stunden" ihre Aufgabe, die Schundliteratur aus den Wohnungen der aufgeklärten Arbeiter zu verdrängen, erfüllen, so muß eine weit intensiverer Auffklärung der Arbeiter und deren Frauen und erwachsenen Söhne und Töchter über die Schädlichkeit der gangbaren Schund- und Schauerromane und Schmäher, im "Buffalo-Bill" und "Wild-Weib"-Stil seitens aufgeklärter Genossen Platz greifen.

Von den unter dem Titel: "Kulturbilder" herausgegebenen Einzeldarstellungen der Kulturgeschichte ist jetzt der dritte Abschnitt unter dem Titel: "Blut und Eisen", von Hugo Schulz, im Erscheinen begriffen. Der erste Band dieses Wertes liegt bereits abgeschlossen vor; der zweite ist bei Niederschrift dieses Berichtes bis zum 24. Hefte erschienen. Leider erfreut sich dieses Unternehmens nicht so der Förderung der Parteigenossen, als es für die Bedeutung dieses Unternehmens von uns erwartet werden konnte.

Seit dem 1. Januar dieses Jahres ist die vom Genossen Dr. Eißner herausgegebene "Kommunale Praxis", Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindepolitik, in unseren Verlag übergegangen. Diese Wochenchrift soll in der Hand der Praxis unserer Parteigenossen ein nützlicher und festerer Ratgeber auf dem schwierigen Gebiet der Kommunalpolitik sein. Der Kreis der Bezirker dieser Zeitschrift ist vorläufig ein eng begrenzter, so daß das Blatt noch einen erheblichen Zuschuß seitens des Verlags erfordert, wie die nachfolgende Abrechnung ergibt. Wir werden uns bemühen, die Zeitschrift, den Anforderungen nach Möglichkeit Rechnung tragend, auszubauen, und wir hoffen, hierin die Unterstützung der in den Kommunalverwaltungen tätigen Genossen zu finden. Wir bitten aber auch die Vertrauensleute der Partei, durch unabhingige Agitation in den interkommunalen Kreisen für möglichst Verbreitung des Blattes zu sorgen.

Abrechnung für die "Kommunale Praxis" vom 1. Januar bis 31. Juni 1907. A) Eingänge: Abonnement 8453,19 RM, Inserate und Beilagen 180,85, zurückgezahltes Guthaben 724,90, Zahlung der Buchhandlung Vorwärts 5708,15, Summe 15167,09 RM. B) Ausgänge: Redaktion 2555,15 RM, Mitarbeiter 2224,58, Druck und Buchbinder 779,55, Expedition und Agitation 2054,87, Remittenten 33,72, Summe 7647,87 RM. Im 31. Juni 1907 Betrag der Abkommenskonto: 2658,22 RM.

Hauptfällige Aufgabe der Buchhandlung Vorwärts ist es, gute Agitationschriften zu möglichst billigen Preisen den Arbeitern zu bieten. Wir haben dieser Aufgabe auch im Berichtsjahre unsere Aufmerksamkeit zugewendet und hoffen damit den Wünschen der Parteigenossen entsprechend gehandelt zu haben.

Soweit es uns im Rahmen unserer Hauptaufgabe möglich war, haben wir auch den vielfach geäußerten Wünschen nach guter und solider Ausstattung unserer Erscheinungen Sorge getragen.

Wir wollen auch unseren diesjährigen Bericht schließen mit der Bitte an die Parteigenossen und insbesondere an die Redaktionen der Partei- und Gewerkschaftspresse um rege Unterstützung unserer Unternehmung.

Straffkonto der Arbeiterbewegung.

Nach den monatlichen Aufstellungen, die wir über die im Zusammenhang mit dem Klassenkampf verhängten Strafen geben, wurden gegen Angehörige der Partei und der Gewerkschaften im Berichtsjahre insgesamt an Strafen erkannt: 2 1/2 Jahr Zuchthaus, 33 Jahre, 10 Monate, 2 Wochen, 1 Tag Gefängnis und 30 600 Mk. Geldstrafe.

Es wäre falsch, anzunehmen, daß in diesem Strafregister alle Strafen enthalten sind, welche in Prozessen, die die Partei und die Gewerkschaften angehen, im abgelaufenen Berichtsjahre verhängt wurden. Es steht vielmehr fest, daß über viele Strafsachen, in denen es sich um geringere Geldstrafen und kurze Haftstrafen handelt, gar nichts der weiteren Öffentlichkeit bekannt wird. Wir erinnern nur an die vielen Prozesse wegen Flugblattverbreitung, Prozesse, die in einem Wahljahre besonders zahlreich sind — und an die Prozesse wider Streikposten, die in der "liberalen Ära" genau dieselben polizeilichen Verfolgungen zu erdulden haben, wie vorher. Wenn Graf Borsadowsky im Ruhestand über die wirtschaftlichen Kämpfe der Jahre nachdenkt, die verfloßen sind, seit der Deutsche Reichstag ihm seine "Zuchthausvorlage", ohne sie auch nur einer Kommissionsberatung wert zu halten, vor die Füße warf, so wird ihm klar werden, daß in den letzten Jahren mit Hilfe des "gemeinen Rechts" so gegen die kämpfende Arbeiterklasse gearbeitet wurde, daß es wahrlich einer Ausnahme-gesetzgebung nicht bedurfte. Insbesondere die Arbeitswilligen erlitten sich eines Schicksals, wie er sonst allenfalls noch Gott und den Majestäten zugubilligt wird. Dabei stellte es sich in einer Reihe von Fällen heraus, daß unter den Arbeitswilligen sich Elemente rohester Art befanden, die Differenzen über die nebenjächlichen Dinge mit dem Dolch und dem Browningrevolver erledigten. Aus Lechhausen bei Augsburg, aus Stettin, aus Nürnberg, aus Magdeburg, aus Mendorf in Anhalt und aus Augsburg kamen Nachrichten von Gewalttätigen "Arbeitswilligen", ohne daß diese Revolver- und Dolchmehrfelder bestraft wurden. Denn die Gerichte fanden zumeist, soweit die Täter nicht überhaupt als flüchtig unauffindbar waren, daß die Arbeitswilligen in Notwehr gehandelt hätten. Selbstredend haben diese Helden auch die Sympathien der herrschenden Klassen. Wie überhaupt jeder, der auch nur in dem Maße steht, ein Gegner der Bestrebungen der Sozialdemokratie zu sein, sich so sicher der weitgehendsten Sympathien der herrschenden Klasse und ihrer Organe in Staat und Gemeinde erfreut. Am deutlichsten trat das in dem Klein-Mühlauer Mordprozeß gegen den aus Oberösterreich stammenden Arbeiter Galbierich zutage. Drei auf niederster Kulturstufe stehende Arbeiter, Danisch und Galbierich, waren nach reichlichem Alkoholgenuss in Differenzen geraten. Galbierich erschlug den Danisch. Da sich die Differenzen nach der Wahl abspielten, wurde behauptet, daß Galbierich dem Danisch die tödlichen Stiche versetzt habe, weil dieser sich rühmte, national gewählt zu haben. Ehe der Prozeß hingerichtet wurde, nahmen sich nicht nur die bürgerlichen Parteien des angeblichen nationalen Märtyrers an, sondern auch der anhaltinische Staatsminister v. Dallwitz verfuhr es, den Mörder der Sozialdemokratie an die Richtschnur zu hängen. In der Schwurgerichtsverhandlung konnten keine der politischen Motive für den traurigen Fall erwiesen werden. Der Getötete, ein bekannter Arbeiter, war wegen Alkohelrausches schon mehr als einmal aus der Kneipe geworfen worden, vor der sich das blutige Drama abspielte hat. Nach dem Ergebnis der Schwurgerichtsverhandlung mußten die Sozialisten mit ihren Sympathien für den "Martyrer" des nationalen Schmarotz doch etwas zurückhalten.

Die Augustkrawalle, die in Nürnberg im Zusammenhang mit dem Streik in der "Union" stattfanden, führten zu mehreren Prozessen. In einem Prozesse verneinten im November die Geschworenen die Frage auf Landfriedensbruch und bejahten nur die Frage auf Körperverletzung. Das Gericht erkannte darauf auf Strafen von 1 1/2 Jahren bis einem Monat Gefängnis gegen 5 Angeklagte. Vor die Strafkammer kamen dann im Dezember noch drei Jugendliche, von denen

einer zu 7, ein anderer zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, dadurch, daß man den Aufruhrparagrafen gegen diese Jugendlichen anwandte. Der Staatsanwalt stellte in diesem Falle ausdrücklich fest, daß die organisierte Arbeiterschaft mit den Krawallen nichts zu tun hatte. Die Vorgänge, die sich am 19. April 1906 auf dem Striegauerplatz in Breslau abgespielt haben, sind im Gedächtnis der deutschen Arbeiterschaft unauslöschlich eingegraben. Ist es doch der Tag, an dem dem Arbeiter Bielowald, als er friedlich die Treppe eines Hauses hinaufgehen wollte, von einem Schutzmann, der immer noch nicht entdeckt ist, die Hand glatt abgeschlagen wurde. Nach dem 19. April 1906 wurde in Breslau gegen 120 Personen die Voruntersuchung eröffnet wegen Teilnahme an einem Aufruhr. 65 Personen wurden bald wieder außer Verfolgung gesetzt und 55 wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt und Vergehen gegen § 152 C.-O. unter Anklage gestellt, also nicht wegen Aufruhrs. 36 Angeklagte wurden im September zu Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis zu einer Woche verurteilt. Einer der "Kaiserdeputierten", Hirsch, der 1900 auf dem Breslauer Bahnhof die Kaiserrede anhören durfte, kam vor die Geschworenen. Er wurde von der Anklage des Landfriedensbruchs freigesprochen aber auf Grund des § 153 C.-O. zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt, die durch beinahe 6 Monate Untersuchungshaft für verurteilt erachtet wurden. Die Versammlungen, die für den 19. April 1907, den Jahrestag der Schlacht am Striegauerplatz, in Breslau angesetzt waren, wurden polizeilich verboten!

In Magdeburg kam es zu einem Landfriedensbruchprozeß, weil nach der Wahl der Reichsverbandsagitor Naase, ein Arbeiter des Kruppischen Grusonwerkes, der eine dunkle Vergangenheit hat, mit Schneebällen beworfen worden war und auch sonst belästigt wurde, da er sich durch Beschimpfung der Arbeiter deren Saß zugezogen hatte, wobei sich zur Zeit des Fabrikschlusses naturgemäß eine Menschenanammlung entwickelte. Von 20 Angeklagten wurden am 1. Mai 8 wegen Landfriedensbruch zu je 5 Monaten Gefängnis verurteilt, davon 2 wegen groben Unflugs ferner zu 1 Monat Haft, außerdem noch 6 Angeklagte wegen groben Unflugs zu 1 Monat Haft und 6 Angeklagte, darunter 3 Lehrlinge, wurden wegen mangelnder Einsicht freigesprochen. Politische Motive wurden in der Verhandlung nicht erwiesen.

In das Berichtsjahr fallen auch noch einige Prozesse, die wegen des preussischen Wahlrechtsflugblattes angehängt wurden, das zum 21. Januar 1906 in ganz Preußen verbreitet wurde. Das Schicksal dieses Flugblattes illustriert die deutschen Rechtsverhältnisse auf das trefflichste. Wegen desselben Flugblattes, das nach Ansicht einiger Staatsanwälte und Gerichte durch Hinweise auf die österreichische Wahlrechtsbewegung und den Kampf um die russische Duma eine Aufreizung zu Gewalttätigkeiten enthalten sollte, erkannte das Berliner Landgericht auf Einstellung des Verfahrens, die Elberfelder Strafkammer auf Freisprechung, die Glaucher Strafkammer auf Vernichtung der Flugblätter im objektiven Verfahren und die Strafkammer zu Görlitz und Stargard auf Gefängnisstrafen. Das Reichsgericht bestätigte als Revisionsinstanz sowohl die Freisprechende als auch die verurteilenden Erkenntnisse! Alles wegen desselben Flugblattes von Rechts wegen!

Die preussische Wahlrechtsbewegung erforderte noch weitere Opfer. Während von den deutschen Parlamenten sich früher nur die sächsischen Kammern und das preussische Herrenhaus beleidigt fühlten, wenn zuweilen ein Staatsanwalt zu Strafanträgen animierte, beschloß am 6. Juli 1906 eine aus Konserativen, Nationalliberalen und Zentrumsleuten bestehende Mehrheit Strafantrag zu stellen gegen unsere Parteioorgane in Düsseldorf und Erfurt, die in Leitartikeln zur Zeit der Wahlrechtsbewegung dem Abgeordnetenhaus nicht diejenige Hochschätzung entgegengebracht haben sollten, die das preussische Dreiklassenhaus in Anspruch nehmen zu können glaubt. Der Erfolg dieser Aktionen war, daß in Düsseldorf Genosse Schotte zu zwei und in Erfurt die Genossen von Lojewski und Stange zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurden.

Wie bitter not den Deutschen ein freies, einheitliches Vereinsgesetz tut, zeigten eine ganze Anzahl Prozesse, in denen Polizeischikanen aller Art gerichtlich erwiesen wurden. Sehr umfangreich wurde für Kettlinghausen von der Strafkammer Bochum in einer zweitägigen Verhandlung festgestellt, wie polizeiliche Bevormundung ganz systematisch zur Schädigung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung geübt wird.

Bei den kommenden Verhandlungen über das angeklagte Reichsvereinsgesetz wird der Partei ein reichliches Material aus der Polizeipraxis zur Verfügung stehen. Ganz besonders auch gegen die in Preußen, Sachsen ufm. gesetzlich zulässige Überwachung von Versammlungen durch Polizeioorgane. In Berlin, Halle, Erfurt usw. haben im Berichtsjahre wieder Gerichte festgestellt, daß untergeordnete Polizeioorgane nicht in der Lage waren, den Gedankengang sozialdemokratischer Redner in ihren Notizen richtig wieder-

brauige ich wie ein durch einen Sturzwind erwehtes Blatt, seine Augen begannen mir zu blitzen, ja trauig, er wusch ihr Hand und legte in ihr lockendes Haar: "Nun, das war zu Ende!" "Dir?" "Ja, mir." "Ihr Augen begannen sich in einem langen, trübenden, mühsamen Blick. Ein Schimmer lag darin und ein Lächeln." "Ich habe es Ihnen gesagt, auch nach einer Weile Geduld mit, dieser Mann hat Geduld über sich, kann." "Er hat Geduld über mich, mein Kind, während der letzten glücklichen Zeit." "Er bedrückt sich mit etwas Schwermütigen, wenn Du ihm nicht zu Willen bist?" "Ich habe mir die Wahl, ihm zu widersprechen, oder für einen der Scherke und Gerechtigkeit zu verfallen." "Nun, können Sie ihm irgendwas sagen?" "Nun, ich habe Geduld, ich will es versuchen, Vater; es ist ihm, ich weiß es nicht — Gott gebe mir Kraft!" "Ohne ihn noch einmal anzusehen, wusch sie die Hände, wusch sie ihr Haar sorgsam so hart, gewaschen können wie ein Kind, das man wusch, zur Erde hat." "Als er sich wieder erhob, stand Gertrud neben ihm." "Das gibt es?" fragte er verärgert." "Ich magen trübenden Dinge für einen Vorlesungsabend, wenn der Gegenstand, der haben zu viel gemeint werden." "Das gibt es?" "Nicht, das kann nicht kommen, er ist seit zwei Tagen krank." "Nicht, das kann nicht kommen?" "Nun, das kann nicht kommen, das Schicksal mit einem eigenartigen Blick der tiefen Augen." "Das trübende Schicksal verlor die Kräfte, die Kräfte der Natur, das behauptet nicht Gutes, Gertrud." "Nun, es ist ein Feindling." "Oh, nun, das — den Vorlesungen gefanden?" "Nun, das." "Der ganze Vorlesung Vorlesung."

"So ist's — man sucht und sucht — die Abreise Friedmanns wird damit in Zusammenhang gebracht. Es heißt, er wolle seinen Schwager suchen, der wahrscheinlich abichtlich fort ist, um dem Verhältnis mit Grete Rohring ein Ende zu machen. Ihres Vaters wegen, der so gut wie verstorben ist." "Gertrud!" "Da sind ich nichts Entsetzliches drin — im Gegenteil. Das ist dem Väter bestimmt überzeugt, daß er nicht tot ist?" "Wer denn herunterstürzt, der steht nicht wieder auf. Aufstehen konnte er ihm natürlich nicht, um nachzugehen." "Kommen die Leute heute abend?" "Sie sind schon drüben, bis auf Erkeling, der ja mit zur Feier geladen ist. Sie erwarten ein Trajektament heute." "Der Väter nicht mechanisch." "Nun, können Sie alles nach Belieben, Gertrud?" "Der Vorlesungsausschuss hat sich mit verengtem Grinsen. Er sieht sich fast als Herr in diesen Räumen, die augenblickliche Gefahr war darüber, was kümmerte ihn die Zukunft? Er haarte sich nie darüber den Kopf zerbrechen." "Nun, daß ich es stellen sich schließlich die geladenen Gäste ein und werden von Frau Schoder und Gertrud bewillkommen. Jeder Schoder noch Gertrud waren zugegen. Gertrud hat erst noch einer Bitte um; blag und einfüßig, gertrud er es nur schwer über sich, den höflichen Gastgeber zu werden." "So ist Gertrud?" warnte er sich leise zu seiner Frau." "Nun, in ihrer Enke." "Nun, in ihrer Enke." "Nun, Schoder ging, den Wunsch, ihre Gatten zu erfüllen, doch mit ganz verächtlichem Lächeln kam sie nach wenigen Minuten zurück und wusch ihrem Mann von der Tür aus, heranzutreten." "Sie will nicht?" schaltete er ihr zu." "Sie kann nicht?" erwiderte Frau Schoder wehmütig." "Nun, nicht?"

"Das arme Kind ist krank — sie liegt in heftigem Fieber und phantasiert — das hast Du angerichtet, Robert!" "Er sah sie schon von der Seite an und stürzte hinauf in Gertruds Stübchen. Das unglückliche Mädchen lag im Bett, mit stieren, wirren Augen um sich schauend, mit glühendem Kopf und purpurnen Wangen, zusammenhanglose, irre Worte und Sätze vor sich hinprechend. Wie eine Wildjähde stand ihr Vater bei diesem Anblick — dann begann der starke Mann am ganzen Leibe zu zittern, als suchte ein schwerer Kampf durch seine Glieder, ein unartifizielles Gesicht entrang sich seiner Brust. Mit einem lauten Aufschrei wusch er sich auf seines Kindes Bett, preßte seine Wange an die ihre und schrie verzweifelt: "Gertrud — mein Einziges — mein Liebling! O komm zu mir — für mich nicht — mache Deinen Vater nicht zum Mörder!" "Mörder!" rief die Fiebernde, das Wort auffangend. "Mörder — Mörder!" "Seine Frau war ihm gefolgt und nahm schmerz erfüllt der Kranken Hand in die ihre." "So schnell kommt ein Fieber nicht," sagte sie weinend. "Das ist mehr — das ist Wahnsinn!" "Nein, nein," rief der Bergschenkewirt mit der Kurtzweckigkeit des an einen Strohhalm sich anklammernden Ertrinkenden. "Es ist ein Herzensfieber, Emilie." "Aber der plötzliche Ausbruch —" "Es hat schon längt in ihr gelegen — die große Aufregung — lag sogleich den Arzt holen, Emilie — und — und verstände den Leuten unten — daß es aus dem Fieber nichts werden kann." Stöhnend sank er auf den Stuhl neben dem Bett. "Nichts werden, nichts werden," rief die Kranke in ihren Delirien. "Wie er mich angreift, der schreckliche Mensch! O Vater, warum willst Du Dein Kind verkaufen! Aber Du mußt — Du mußt, armer Vater — er hat Gewalt über Dich — o ich weiß es längt — er weiß Hofes von Dir — aber ich kann nicht, ich kann nicht, so gern ich auch möchte! Wie er häßlich und schlecht ist, der furchtbare Mensch!" (Fortsetzung folgt.)

zugeben, so daß Freisprechungen der auf Grund der Gen-
darmannotizen Angeklagten erfolgen mußten. — Das
von dem verflochtenen Freiherrn v. Hammerstein den Agrarier-
frauen zuliebe zugestandene Recht der Frauen, im Segment
an Versammlungen von politischen Vereinen teilzunehmen,
wurde noch nicht überall von den Polizeibehörden anerkannt.
Es erfolgte deshalb Versammlungsauflosungen selbst in
Berlin, wo für den Zirkus Busch zuerst dieses „Recht“ an-
erkannt wurde. Wie ungleich die Behandlung der preußi-
schen Staatsbürger in puncto Vereins- und Ver-
sammlungsrecht ist, beweist, daß gegen den Fürsten
Bilow keine Anklage wegen Übertretung des Vereins-
gesetzes erfolgte, obwohl es gerichtsnotorisch ist, daß der
Reichskanzler an den Wahlabenden in unangemeldetem Ver-
sammlungen unter freiem Himmel sprach. Es wird Aufgabe
des Reichstages sein, dafür zu sorgen, daß in Zukunft jeder
Staatsbürger und jede Staatsbürgerin soviel Reichs-,
Vereins- und Versammlungsrecht garantiert er-
hält, als sich jetzt schon der Reichskanzler für seine Person
herausnimmt.

Besondere polizeiliche Beobachtung genossen die Ver-
eine jugendlicher Arbeiter in Norddeutschland,
während die freien Vereinsgesetze in Süddeutschland unserer
jungen Garde einen weiteren Spielraum lassen. In Kö-
nigsberg i. Pr. wurde der Verein der Lehrlinge und
jugendlichen Arbeiter geschlossen und der Vorstehende Genosse
Krüger wegen Vergehens gegen § 111 Str.-G.-B. (Widerse-
lichkeit gegen Anordnungen der Obrigkeit) und wegen Übertre-
tung des Vereinsgesetzes um. zu 3 Monaten und 6 Wochen
Gefängnis verurteilt. Genosse Krüger, der lungenleidend ist,
wurde unter dem Wehnhachtsbaum verhaftet.
Diese Verhaftung wurde allerdings später selbst vom Justiz-
ministerium mißbilligt.

Auffsehen erregten in ganz Deutschland einige
Fälle der Anwendung des Zeugniszwangs-
paragrafen. Dieser Rest der mittelalterlichen
Folter ist in Deutschland immer noch Rechtsmöglichkeit, ob-
wohl selbst preußische Staatsanwälte zugeben, daß bei solcher
Qualerei nicht das geringste herauskommt. Sozialdemokra-
tische Redakteure sind nicht der Ehrlosigkeit fähig, die in
dem Verrat derer bestehen würde, die ihnen vertrauliche
Mitteilungen zur Kenntnis gaben. In Halle, in Kulmbach
und in Mannheim wurde der Zeugniszwangsparagraf gegen
Genossen vergeblich angewandt. — In Mannheim spielt sich
auf anderem Gebiete ein Prozeß ab, der vorher fast allge-
mein für unmöglich gehalten wurde. Genosse Hauth hatte
als Lehrer im Badischen vor mehr als zwölf Jahren die
Vergünstigung einer zehnmonatigen Dienstzeit genossen. Er
gab 1894 den Lehrerberuf auf und wurde in der Schweiz
Redakteur. Die Folge war, daß er aufgefordert wurde, den
Rest der zwei Jahre bei der Infanterie nachzudienen. Er
blieb im Ausland und wurde in contumaciam zu 1000 Mk.
Geldstrafe verurteilt, die er auch bezahlte. Im
vorigen Jahre ging Genosse Hauth nach seinem
Vaterlande zurück. Er wurde in Haft genommen und zu
sieben Monaten Festung verurteilt, die der
Magenleiden als ein Opfer des Militarismus auch ab-
büßen mußte. — Gegen unser Münchener Parteiorgan
strenge Herr Dr. Karl Peters Klage an. Der Kläger mußte
dafür tagelang vor ganz Deutschland Spießruten laufen.
Trotzdem kam das Gericht zu keiner Freisprechung, sondern
erkannte auf 500 Mk. Geldstrafe. Berufung ist eingelegt.
An der Fortsetzung des Prozesses wird Herr Dr. Peters
ebensowenig Freude erleben als an den Prozessen, die er in-
zwischen gegen andere Parteiblätter anstrengte.

Zum Schluß sei erwähnt, daß die Leipziger Justiz mit
ihren im vorjährigen Bericht eingehend gewürdigten Aktionen
gegen die „Leipziger Volkszeitung“ fortführt. Gleichzeitig
gemann unser Leipziger Organ in steigendem Maße das Ver-
trauen der Leipziger Genossen. Die Auflage stieg von 41 000
auf 48 000.

(Fortsetzung folgt.)

Soziales und Parteileben.

Zur Tabakarbeiter-Aussperrung in Gießen. In einer
Versammlung, zu der wohl alle ausgesperrten Arbeiter und
Arbeiterinnen herbeigekommen waren, wurde nach einem
Referat des Verbandsvorsitzenden Reichmann-Bremen be-
schlossen, die gesamten Fabrikkommissionen bei den Fabri-
kanten einmal vorstellig werden zu lassen, um zu erfahren,
ob es denn richtig sei, daß in den Reihen der Fabrikanten
die Absicht bestehe, Frieden mit den Aussperrten schließen
zu wollen. Es bleibt nun abzuwarten, ob die Gießener
Zigarettenfabrikanten in die von den Arbeitern abermals
dargebotene Friedenshand einschlagen werden. Ist letzteres
nicht der Fall, so werden die Aussperrten und mit ihnen
alle Klassenbewußten Arbeiter gezwungen sein, wie bisher den
Kampf weiter zu führen.

**Zur Lohnbewegung in den badischen Anilin- und
Sodafabriken zu Ludwigshafen** melden bürgerliche
Blätter: Vom Gewerbeamt wird offiziell mitgeteilt: Die
Anrufung des Gewerbegerichts als Einigungsamt erfolgte
von neun Arbeiterverbänden unter gleichzeitiger Einreichung
ausgearbeiteter Tarifverträge. Die Direktion der badischen
Anilin- und Sodafabrik wurde dem Gewerbegerichtsgesetz
entsprechend vom Vorsitzenden des Gewerbegerichts unter
Überreichung der Anträge der Arbeiterverbände zur Abgabe
einer Erklärung aufgefordert, ob sie das Gewerbegericht als
Einigungsamt anrufe, worauf sie die Erklärung abgab, daß
sie das Einigungsamt nicht anrufe. Dagegen erklärte sie
sich bereit, dem Gewerbegerichtsvorsitzenden Rechtsanwalt
Dr. Müller als Träger einer neutralen unparteiischen Dienststelle
erschöpfendes Material über die gesamten Lohnverhältnisse
ihrer Arbeiter zur beliebigen Verwendung, insbesondere Auf-
klärung über die wirklich gezahlten Löhne und zur Beur-
teilung der jetzt angeregten Fragen zur Verfügung zu stellen
und Antwort auf weitere, bei der Beipredung der Angelegen-
heit mit den Vertretern der Arbeiter auftauchende Fragen
sowie nötige Auskünfte in dieser Sache bereitwillig zu er-
teilen. Das außerordentlich umfangreiche Material über die
Löhne ist seitens der Fabrikleitung inzwischen eingelaufen
und wird zunächst den Vertretern der Arbeiter zur Einsicht
überlassen.

Saklet die deutsche Arbeiterrechte hoch! Der „Vor-
wärts“ schreibt: Wir mußten schon die betrübliche Tatsache
konstatieren, daß sich in Antwerpen eine Anzahl der „be-
sonders nützlichen Elemente“ eingefunden hatte, um die
deutsche Arbeiterrechte zu schänden. Neuerdings haben sich
auch einige, erfreulicherweise wenige, Bergarbeiter gefunden,
die ihren Kameraden in Belgien in den Rücken fielen. Dieser
letzte Fall scheint keine Ursache teilweise mit darin zu haben,
daß die belgischen Bergleute bisher wenig taten, das Aus-
land über den Kampf aufzuklären, in den sie zurzeit ver-
wickelt sind. Schon acht Monate stehen nämlich die Berg-
arbeiter der Gruben von Pres de Fleron u. Gosard in
Belgien im Auslande. Die Ausschüften des Streits haben
aber eine für die Streikenden insofern ungünstige Wendung
angenommen, als es den Unternehmern neuerdings gelang,
ihre Streikbrecher auch aus Deutschland herauszuführen. Es
ist für die deutschen Arbeiter jedenfalls tief beschämend und
ihre moralische Pflicht ist es, alles zu tun, um den Zugang
von Arbeiterwilligen nach dem Streikgebiet fernzuführen. In
einer Sitzung, welche das Streikkomitee von Gosard ab-

hielt, wurde beschlossen, der Öffentlichkeit mitzu-
teilen, daß sich leider deutsche Bergarbeiter gefunden
haben, die sich von der Direktion der Grube Gosard an-
werben ließen und dadurch ihren streikenden Brüdern in den
Rücken fielen. So kamen am letzten Mittwoch sieben deutsche
Bergarbeiter, welche angeworben waren mit dem Versprechen,
daß sie pro Stunde 1 Franc 50 Cent. verdienen sollten.
Diesen Leuten erzählte auch ein Ingenieur, daß noch andere
Arbeiter aus Holland und Belgien angeworben seien und
nachfolgten. Wie vermutet wird, ist es ein Mann Namens
Daubach, welcher die Leute anwirbt. Nachmittags kamen
noch drei Deutsche in Gosard an, welche auch angeworben
waren und direkt von den Unternehmern nach Pres
de Fleron, einer Brudergrube von Gosard, gebracht wurden;
auch auf dieser Grube wird gestreikt. Wir bitten nun die
arbeiterfreundliche Presse, allüberall die Bergarbeiter davor
zu warnen, sich für die Gruben Gosard und Pres de Fleron
anwerben zu lassen, damit der Kampf, der schon acht lange
Monate dauert, nicht aussichtslos wird. Ferner würde es
uns sehr freuen, wenn uns vom Auslande etwas Hilfe zu-
käme. Sendungen (Geld) nimmt D. D. Wislot, Sekretär
des Verteidigungskomitees, entgegen. Seine Adresse ist:
Volkshaus Retinna, Micharouy (Belgien).

**Erste internationale Konferenz der Arbeiter öffent-
licher Betriebe.** In der Zeit vom 25.—27. Aug. d. J. tagte
in Stuttgart die erste internationale Konferenz der Arbeiter
öffentlicher Betriebe, das ist das Personal der Gemeinde-
und Staatsbetriebe, der sonstigen Kraft-, Licht- und Wasser-
werke, sowie der Krankenpflege- und Badeanstalten. Dele-
gierte waren anwesend aus: Dänemark 4, Deutschland 8,
Holland 2, Schweden 1, Schweiz 1 und Ungarn 1. Sympa-
thische-Erklärungen waren eingegangen von der Organisation
in England, Frankreich, Luxemburg, Österreich und Rußland.
Die persönlich vertretenen Organisationen umfassen insgesamt
44 479 Mitglieder in öffentlichen Betrieben. Selbständige
Verbände für diese Kategorie von Arbeitern bestehen in
Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Holland,
Luxemburg, Österreich, Rußland, Schweiz und Spanien. In
den skandinavischen Ländern gehören diese Arbeiter jedoch
zumeist den allgemeinen Arbeitermännerverbänden an. Die
Leitung der Konferenz lag in den Händen der Genossen
G. Greulich-Zürich und Albin Mohs-Berlin, als
Schriftführer fungierten Emil Dittmer-Berlin und N.
v. Hinte-Rotterdam. Über den Punkt: Die recht-
liche Grundlage des Koalitions- und Streik-
rechts der Arbeiter öffentlicher Betriebe in
den einzelnen Ländern und die praktische
Durchführung von Lohnbewegungen referierte
Mohs-Berlin. Die Grundlinien der gepflogenen Ver-
handlungen spiegeln sich in nachstehender Re-
solutionswider, die auch Annahme fand:

„In Anbetracht der Verschiedenartigkeit der rechtlichen
Grundlagen des Koalitions- und Streikrechts für die in
öffentlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter, hält es die
erste internationale Konferenz der Arbeiter öffentlicher Be-
triebe für geboten, daß die einzelnen Landesorganisationen
die diesbezüglichen, für ihr Land geltenden gesetzlichen
Bestimmungen, sowie aller später in Kraft tretenden
Neuerungen mit den Bruderorganisationen austauschen.
Die Konferenz protestiert in jeder Weise und Form gegen
die Schmälerung des Koalitions- und Streikrechts für die
Arbeiter in öffentlichen Betrieben und betrachtet es als
Ehrenpflicht aller hier in Frage kommenden Organisationen,
mit allen Mitteln für ein freies Koalitions- und
unbeschränktes Streikrecht für alle Arbeiter öffentlicher Be-
triebe einzutreten, da sie keineswegs auf das letzte, wenn
auch schärfste Kampfmittel im wirtschaftlichen Kampfe
Verzicht leisten können.“

Zur praktischen Durchführung von Lohnbewegungen
aller Art sind die wirtschaftlichen Kampfmittel der mo-
dernen Gewerkschaftsbewegung je nach den Verhältnissen
anzuwenden. Die öffentliche Meinung und die Gemein-
vertretungen sind in entsprechender Weise über die Lage
der Dinge aufzuklären und ist dabei unsere Stellungnahme
darzulegen. Die Beteiligung an den Wahlen zu den
öffentlichen Körperschaften ist besonders zu propagieren.
Die Organisationsleitungen werden ersucht, für die
Durchführung der hier gegebenen Anregungen zu sorgen.“

Über Lohn- und Arbeitsverhältnisse und
Arbeiterfürsorge für die Arbeiter öffentlicher Be-
triebe referierte Dittmer-Berlin. Als Resultat der
Verhandlungen gelangte nachstehende Resolution zur An-
nahme:

„In Erwägung, daß die Organisationen der in öffent-
lichen Betrieben tätigen Arbeiter mit aller Macht für die
Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wie auch
größerer Arbeiterfürsorge einzutreten haben, beschließt die
Konferenz, zur Orientierung über die Lohn- und Arbeits-
verhältnisse der in städtischen Betrieben beschäftigten Ar-
beiter aller Länder regelmäßig die Statistiken der einzelnen
Organisationen über diese Fragen auszutauschen, selbige
branchenweise zusammenzustellen und in kleinen Heftchen
herauszugeben.“

Von Aufstellung bestimmter, allgemein für alle Or-
ganisationen geltender Forderungen für die Verbesserung
der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der in öffentlichen Be-
trieben tätigen Arbeiter wird von der Konferenz Abstand
genommen. Die einzelnen Bruderorganisationen werden
verpflichtet, über diese Punkte unter ihren Mitgliedern
gründlich zu diskutieren und mit ihnen auf diese Weise
gewonnenen Ansichten an die nächste Konferenz heran-
zutreten.“

Zur Alkoholfrage wurde nachstehende Resolution
angenommen:

„Die internationale Konferenz steht den Bestrebungen
zur Bekämpfung des unmäßigen Alkoholgenusses sympa-
thisch gegenüber. Besonders hält es die Konferenz im In-
teresse der Förderung des körperlichen und geistigen Wohles,
wie auch der Pflege des gewerkschaftlichen Gedankens für
unerlässlich, dahin zu wirken, den Genuss alkoholhaltiger
Getränke in öffentlichen Betrieben möglichst zu beschränken.
Die Konferenz betrachtet es als eine Pflicht der Betriebs-
verwaltungen, in den Werken für den nötigen Ersatz: als
Kaffee, Tee und dergleichen, Sorge zu tragen.“

Zur internationalen Verbindung wurde be-
schlossen:

„Zum Zwecke einer besseren internationalen Verbin-
dung wird der jeweilige Vorsitzende des deutschen Ge-
meinde- und Staatsarbeiterverbandes beauftragt, die hier-
für nötigen Arbeiten, wie auch die von der Konferenz be-
schlossenen Resolutionen zur Erledigung zu bringen. Die
Kosten, die das internationale Sekretariat verursacht, wer-
den alljährlich durch Umlage von den angeschlossenen Or-
ganisationen aufgebracht, und zwar entsprechend ihrer Mit-
gliederzahl. Zur Unterstützung bei Lohnkämpfen ist ein
Vorschlag vom Sekretariat auszuarbeiten, der dann den
angeschlossenen Verbänden zur Beschlußfassung unter-
breitet wird.“

Die nächste internationale Konferenz findet im Anschluß
an den nächsten Internationalen Sozialistkongress in Ro-
p en hagen statt.

Die österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1906.
Nach dem Bericht des Sekretariats der Gewerkschafts-
kommission haben die österreichischen Gewerkschaften im

Jahre 1906 fast eine halbe Million Mitglieder erreicht:
448 270 im Jahre 1906, gegen 48 606 im Jahre 1892. Es
gibt allerdings in Österreich noch 89 Lokalvereine neben
49 Zentralverbänden. Aber in den letzten Jahren hat auch
unsere Nachbarnation immer mehr dahin gestrebt, eine auf
gesunden Grundlagen beruhende und nach gesunden Grund-
sätzen durchgeführte Gewerkschaftspolitik durchzuführen. Die
Entwicklung zu Zentralverbänden nach deutschem Muster
hat große Fortschritte gemacht. 1892 gab es 240 Lokal-
vereine und nur 10 Zentralverbände. Die an Zahl stärkste
Organisation in Österreich ist die der Metallarbeiter mit
53 023 Mitgl. (24,41 Proz. der im Beruf tätigen); die am besten
organisierten Arbeiter sind die Buchdrucker mit 93,10 Proz.
der Berufsgenossen. Am schwächsten ist es bei den Trans-
portarbeitern und Schneidern bestellt: 5,88 resp. 5,78 Proz.
Die Unterstützungs-Einrichtungen sind in den letzten Jahren
ebenfalls ausgebaut worden, und haben wesentlich mit zu
der günstigen Entwicklung der österreichischen Gewerkschaften
beigetragen. An Reise-, Arbeitslosen-, Kranken- und Not-
fallunterstützung wurden 1906 2 287 739 Kronen ausgegeben,
für gemafregelte und streikende Mitglieder nur 1 918 900
Kronen, bei einer Gesamtentnahme von 6 982 374 Kronen.
Bei größeren Lohnkämpfen werden Extrasteuern erhoben.
Auch in Österreich haben wir daselbe wie in Deutschland.
Die Organisationen mit den höchsten Beiträgen verfügen
über die beste Position und die stärksten Widerstandsfonds.
Das Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und der Partei
ist ein ausgezeichnetes. Das beweisen ja auch die Aus-
führungen des Genossen Beer auf dem internationalen Kon-
gress, wie die von ihm gestellte und akzeptierte Resolution
über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft.
Möge die österreichische Gewerkschaftsbewegung in gleichem
Maße weiter machen und sich innerlich festigen. Das liegt
auch im hervorragenden Interesse der deutschen Arbeiter.

Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie werden jetzt in
Bayern auch die — Gebirgsstrachtenvereine mobil gemacht.
Es sind dies landsmannschaftliche Vereinigungen, die sich an-
gebotlich die Aufgabe gestellt haben, die heimischen Sitten und
Bräuche zu pflegen und die alten Volkstrachten zu erhalten.
Die Vereine sind in einem Verband zusammengeschlossen, der
wieder in Gauen zerfällt. Der nordbayerische Gau hat seinen
Sitz in Nürnberg. Dieser hat sich nunmehr als Filiale des
Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie eta-
bliert, indem er einen Antrag annahm, wonach Mitglieder,
die für eine Gewerkschaft agitieren oder für Streikende sam-
meln oder sich politisch im Sinne der Sozialdemokratie be-
tätigen, ausgeschlossen werden. Ebenso verfallen ganze Ver-
eine dem Ausschlusse, wenn sie dulden, daß sich Mitglieder
im vorerwähnten Sinne betätigen. Endlich ist es den aus-
geschlossenen Vereinen bei Strafe des Dinauswurfs verboten,
bei Gewerkschaftsfesten aufzutreten und ihre „Künste“ zu
zeigen. Das glorreiche Beispiel der Kriegervereine wirkt also
anlehnend auch auf die Bimperlvereine. Dieser lächerliche
Kampf gegen die Sozialdemokratie wird nur den Erfolg
haben, die Arbeiter mehr und mehr von der Vereinsmeierei
abzubringen.

Wieder eine verpönte Staatsaktion. Genosse Jung-
nickel, der Parteisekretär für die beiden erzgebirgischen
Kreise Zschopau-Marienbergr und Annaberg,
stellte sich gegen das bekannte „Juwel“, genannt Vereins-
und Versammlungsgesetz, vergangen haben. Er war deshalb
unter Anklage gestellt, vom Schöffengericht Wolfenstein aber
freigesprochen worden. Dagegen hatte der Untersanmt Be-
rufung erhoben. Der Anklage lag eine form- und harmlose
Beschreibung zu grunde, die J. durch hektographierte Ein-
ladungen an in Gosolbersdorf wohnhafte „Volksstimme“-
Leser berufen hatte. Zwei Gendarmen, die die Tätigkeit des
neuen Parteisekretärs, wie es scheint, ständig beobachten,
witterten etwas Ungeheißliches und setzten sich mit in das
Lokal, in dem die Beipredung in der Gaststube, die jedem
zugänglich war, abgehalten wurde. Dann erhielt Jungnickel
eine Anklage, nach der er eine Versammlung einberufen resp.
abgehalten habe zum Zweck der Erörterung öffentlicher An-
gelegenheiten! Dafür gab es nun keinen Schatten des Be-
weises, und wie die Vorinstanz erkannte auch die Berufungs-
instanz auf Freisprechung. — Vielleicht versucht die
nun zweimal abgefällene Anklagebehörde ihr Glück noch beim
Oberlandesgericht.

Ein Proletarierkind. *)

Stwas über eine Weile südlich von der alten romaui-
schen Bischofsstadt Passau liegt am oberen Rande eines
Hügels, dessen östliches Fußende die Ortschaft Neuburg am
Inn bildet, von Wald umgeben ein kleines Dorf, Dommel-
stabl genannt. Dort wurde am 19. April 1846 dem Metzger-
meister Franz Auer als das neunte Kind ein Knabe ge-
boren, der in der Laufe den Namen Ignaz erhielt. Er
folgte der letzte männliche Erbsprosse der kinderreichen Ehe
Franz Auers bleiben. Zwei Jahre nach des kleinen Ignaz
Geburt starb der Vater und hinterließ der hochschwangeren
Witwe nur ein verächtliches Häuschen und vier hungrige
kleine Mäuler, zu denen sechs Wochen nach seinem Tode
noch das fünfte — das eines Mädchens — kam. Von den
übrigen Geschwistern waren fünf bereits gestorben.

Das Häuschen kam unter den Dammern, und bitterste
Not brach über die kleine Familie herein. Erwerb gab es
in dem Dorfe und der Gemeinde Neuburg für Auers
Witwe nicht, denn von Industrie war keine Rede, und die
paar Mittelbauern am Ort nahmen nur jüngere ledige Per-
sonen in Dienst. Die übrige Bevölkerung bestand aus
Tagelöhnern und Häuslern, die selbst nichts hatten.
In einem Hintergeläß, das ihr nach bayerischem
Heimat-Recht eingeräumt werden mußte, hauste
die kleine Familie, im übrigen aber sah sich die Mutter,
wenn ihr nicht ausnahmsweise für fargen Lohn Aushilfs-
arbeit geboten wurde, buchstäblich auf Almosen oder — ge-
radeheraus gesagt — den Bettel angewiesen. Denn Über-
siedelung an einen anderen Ort war ausgeschlossen; es hätte
keine Gemeinde damals die mittellose Frau mit ihren Kin-
dern aufgenommen. Andererseits galt allerdings Betteln
unter solchen Umständen nicht als Verbrechen. Die schlecht
und recht durch Bettelbrot ernährten Armentinder wurden,
wenn sie das zwölfte Lebensjahr erreichten, um ein paar
Gulden an Bauern im benachbarten, wohlhabenden Rottal
in Dienst permiert und zahlten durch billige Arbeit die Al-
mosen reichlich heim.

Unter solchen Verhältnissen verlebte unser Ignaz Auer
— an Entbehrungen reich, an Freuden arm — die ersten
Kinderjahre, und doch hing der kleine „Nazi“, wie alle Kin-
der, zärtlich an der Mutter, und es gab bittere Tränen, als
ihn, wie er sieben Jahre alt geworden war, die Mutter zu
einem in Birnbach am Rott wohnenden Bruder seines
Vaters brachte, der, wie dieser, Metzger war.

Er hatte es bei ihm nicht schlecht. Alles in allem ge-
hörten, wenn nicht die Sehnsucht nach Mutter und Ge-
schwistern ihn ergriff, die Birnbacher Jahre zu der sorglossten

*) Wir entnehmen dieses Kapitel der oben von der
Buchhandlung Vorwärts, Berlin, herausgegebenen Broschüre:
„Ignaz Auer“. Eine Gedächtnis- und Lebensgeschichte von Eduard Bern-
heim. Mit einem künstlerischen Porträt und mehreren Ab-
bildungen. Preis 1 Mk. Volksausgabe 0,50 Mk.

